

MARTIN IBLER

Rechtspflegender
Rechtsschutz im
Verwaltungsrecht

Jus Publicum

43

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 43



Martin Ibler

Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht

Zur Kontrolldichte bei wertenden
Behördenentscheidungen – vom Preußischen
Oberverwaltungsgericht bis zum modernen
Gerichtsschutz im Prüfungsrecht

Mohr Siebeck

Martin Ibler, geboren 1955; 1976–81 Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen; 1983 Zweites jurist. Staatsexamen; 1984–89 Rechtsanwalt; 1987 Promotion; 1990–97 wiss. Assistent an der Universität Göttingen; 1997 Habilitation; 1996–99 Forschungs- und Lehraufenthalte an der Universität Valencia; 1998–1999 Lehrstuhlvertretung an der Universität Kiel.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ibler, Martin:

Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht : zur Kontrolldichte bei wertenden Behördenentscheidungen ; vom Preußischen Oberverwaltungsgericht bis zum modernen Gerichtsschutz im Prüfungsrecht / Martin Ibler. – Tübingen :

Mohr Siebeck, 1999

(Jus publicum ; Bd. 43)

ISBN 3-16-147173-3

978-3-16-158074-1 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1999 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Times-Antiqua belichtet, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Vorwort

Das vorliegende Werk wurde im Wintersemester 1997/98 von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen als Habilitationsschrift angenommen.

Ich danke Herrn Professor Dr. Volkmar Götz dafür, daß er mir nach 6 Jahren anwaltlicher Praxis die Rückkehr an die Universität und damit diese Arbeit ermöglicht hat. Ich danke ihm auch für die große Freiheit, die er mir während meiner Assistentenzeit gewährt hat, vor allem aber dafür, daß er mir durch seine Pflichterfüllung als Lehrer, Forscher und Richter zum Vorbild geworden ist.

Mein Dank gilt zudem der Juristischen Fakultät der Göttinger Universität für die stets spürbare wohlwollende Unterstützung, und besonders den Herren Professoren Dr. Harald Bogs und Dr. Franz-Joseph Peine, die neben Herrn Götz die Habilitationsgutachten erstellt haben.

Göttingen, den 17. 6. 1999

Martin Ibler

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Einleitung	1
------------------	---

1. Teil

Grundlagen

1. Kapitel: Skizze zum verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Hintergrund	6
2. Kapitel: Wertende Behördenentscheidung	18
3. Kapitel: Kontrolle	52
4. Kapitel: Rechtsschutz	140

2. Teil

Geschichtliche Entwicklung

<i>A. Ziel und Schwerpunkte des erforderlichen Rückblicks</i>	195
<i>B. Gang der Darstellung</i>	201
5. Kapitel: Verwaltungsgerichtsbarkeit und Kontrollschärfe im Kaiserreich am Beispiel Preußens (Gesetzeslage und Rechtsprechung seit 1875)	202
6. Kapitel: Verwaltungsgerichtsbarkeit und Kontrollschärfe in der Weimarer Republik, vor allem am Beispiel Preußens .	279
7. Kapitel: Die Kontrolle durch Verwaltungsrichter im NS-Staat	308

3. Teil

**Kontrollschärfefragen in der
Bundesrepublik Deutschland**

8. Kapitel: Die Wiedererrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach dem 2. Weltkrieg	350
9. Kapitel: Die Kontrollschärfe im Prüfungsrecht	359
10. Kapitel: „Verwaltungsvorbehalt(e)“ gegenüber der Verwaltungsgerichtsbarkeit?	429
11. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	460
Literaturverzeichnis	485
Register	528

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Einleitung	1
------------------	---

1. Teil

Grundlagen

<i>1. Kapitel: Skizze zum verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Hintergrund</i>	6
I. Ursprünge	6
II. Einbettung in unser Verfassungs- und Verwaltungsrecht	11
III. Ziel der Arbeit	15
<i>2. Kapitel: Wertende Behördenentscheidung</i>	18
I. Begriffsbestimmung	18
1. Behördenentscheidung	18
2. „Wertende“ Behördenentscheidung	19
3. Spezifisch rechtlicher Sinn der „wertenden Behördenentscheidung“ ..	19
4. Eingrenzungsschwierigkeiten	21
5. Empirische Eingrenzung	23
6. Formalheit der wertenden Behördenentscheidung	25
7. Warn- und Appellfunktion	25
II. Standorte der Wertungen im Entscheidungsablauf	26
1. Wertungen bei der Rechtsetzung	26
2. Wertungen bei der Gesetzesauslegung	27
3. Wertungen bei der Ermittlung des Sachverhalts	29

a. Untersuchungsgrundsatz	29
b. Wertungen trotz Untersuchungsgrundsatzes	29
4. Wertungen bei der Subsumtion	32
5. Entscheidungen, die zugleich bei Auslegung, Tatsachenfeststellung und Subsumtion Wertungen enthalten (können)	32
6. Nicht eindeutig zuzuordnende Wertungen	33
7. Wertungen und Abwägungsgebot	33
8. Zwischenbefund	34
9. Weitere Hilfsmittel und Organe zur Strukturierung wertender Behördenentscheidungen	34
a. Gesetze und Gesetzgeber	34
b. Verwaltungshandeln und Behörden	35
c. Rechtspflege durch Verwaltungsgerichte	35
 III. Das Heranwachsen von Wertungen zu nachprüfbaren Entscheidungen	36
1. Überblick über einen Befund	36
a. Verrechtlichung von Zweckmäßigkeitentscheidungen	36
b. Stärkung des Schutzes subjektiver öffentlicher Rechte	39
2. Folgerung: Trend zur lückenlosen Kontrolle von Wertungen?	40
a. Rechtspflegender Verwaltungsrechtsschutz durch Kontrollverschärfungen	42
b. Gegenströmung: Zurückdrängung verwaltungsgerichtlicher Kontrolle wertender Behördenentscheidungen	45
 IV. Systematisierung von Wertungen?	49
1. Systematisierung von Wertungen nach ihrem „Wertungscharakter“ durch die Bildung von Gruppen von Gesetzesbegriffen? – oder durch die Bildung von Fallkonstellationen und Fallgruppen?	49
2. Systematisierung von Wertungen unter Kontroll- und Rechtsschutzgesichtspunkten?	51
 3. Kapitel: Kontrolle	52
I. Begriffsinhalt	52
1. Elemente der Kontrolle: Prüfungsbefugnis mit und ohne Korrekturmacht	52
2. Kontrolle des Staatshandelns	54
a. Öffentlichkeitskontrollen	54
b. Kontrollen innerhalb der Staatsorganisation	55
3. Nachträglichkeit kein Begriffsmerkmal der Kontrolle	56
a. „Richtervorbehalte“ und Kontrolle	56
b. Kontrolle ohne vorgängige Behördenentscheidung	56
c. Veränderung der Sach- und Rechtslage bei Anfechtungsklagen	57

d. Zwischenbefund: Nachträglichkeit der Kontrolle auch kein aus dem Gewaltenteilungsprinzip herleitbares Begriffsmerkmal der Kontrolle	57
e. „Begründbarkeitskontrolle“ durch Verwaltungsgerichte?	57
f. Nachträgliche Gerichtskontrolle als Regelfall	58
4. Zwecke verwaltungsgerichtlicher Kontrolle	59
5. Verhältnis: Kontrolle – Entscheidung	59
a. Keine begriffsspezifischen Unterschiede	59
b. Verhältnis: Behördenentscheidung – Verwaltungs- gerichtskontrolle	60
aa. Unterschiedliche Entscheidungsorgane	60
bb. Unterschiedliche Entscheidungsverfahren	60
cc. Umfassenderer Entscheidungsgegenstand der Verwaltungsgerichte	60
dd. Engerer Entscheidungsgegenstand der Verwaltungsgerichte?	60
6. Die Genauigkeit der Gerichtskontrolle (Kontrolldichte/ Kontrollschärfe) – Gang der weiteren Untersuchung	62
II. Kontrollgegenstände	62
1. Die angegriffene Behördenentscheidung	62
2. Kontrollgegenstände sog. Inzidentkontrolle	63
3. Kontrollgegenstände im Instanzenzug	63
4. Zusammenfassende Bewertung zu den Kontrollgegenständen	63
III. Kontrollmaßstäbe	63
1. Unterscheidung: rechtliche – außerrechtliche Maßstäbe?	64
2. Keine „außerrechtlichen“ Kontrollmaßstäbe für die Verwaltungsgerichte?	64
3. Zwischenbefund	65
4. Öffentliches Recht als Kontrollmaßstab	66
a. Einfaches Gesetzesrecht in Bundes- und Landesgesetzen als Kontrollmaßstab	66
b. Verfassungsrecht als Kontrollmaßstab	66
c. EG-Recht als Kontrollmaßstab	67
d. Die EMRK als Kontrollmaßstab der Verwaltungsgerichte	67
e. Untergesetzliche Rechtsnormen als Kontrollmaßstab	68
f. Verwaltungsvorschriften als Kontrollmaßstab der Verwaltungsgerichte?	68
g. „Normkonkretisierende“ Verwaltungsvorschriften als Kontrollmaßstab der Verwaltungsgerichte?	68
h. „Erfahrungen der Prüfer“ als Kontrollmaßstab der Verwaltungsgerichte?	69
i. Sonstiges Verwaltungs-Innenrecht als Kontrollmaßstab der Verwaltungsgerichte	69

j. Rechtsprechung als Kontrollmaßstab	70
aa. Der Bestand an „gefestigter Rechtsprechung“ aus früheren Urteilen	70
bb. Verhältnis „gefestigte bzw. ständige Rechtsprechung“ – „Richterrecht“	71
cc. Folgerungen für die Kontrollschärfe	72
k. Regeln der Logik als Kontrollmaßstäbe	73
l. Erfahrungssätze und Vergleichstatsachen als Kontrollmaßstäbe	73
m. Zivilrecht als Kontrollmaßstab der Verwaltungsgerichte?	74
n. Rangordnung der Kontrollmaßstäbe?	75
5. Exkurs: Normenflut und Normierungsdefizit	75
a. Normenflut und Kontrolldichte	75
b. Normierungsdefizit und Kontrolldichte	77
c. Stellungnahme	78
6. Verhältnis: Kontrollmaßstab – Kontrollgegenstand	79
a. Kontrollmaßstäbe als Kontrollgegenstand	79
b. Behördliche Entscheidungsmaßstäbe, die nicht zum Kontrollgegenstand der Gerichte werden	81
7. Zusammenfassende Bewertung des Überblicks über die Kontrollmaßstäbe für die Kontrollschärfe	82
IV. Kontrollinstrumente	83
1. Begriff	83
2. Verhältnis: Kontrollinstrument – Kontrollmaßstab – Kontrollgegenstand?	83
3. Einzelne Kontrollinstrumente (Auswahl)	84
a. Juristische Methodenlehre	84
b. Klagearten	84
c. Rechtsmittelverfahren	84
d. Vorläufiger Rechtsschutz	85
e. Inzidentprüfungen	85
4. Zusammenfassende Bewertung der Skizze zu den Kontrollinstrumenten	86
V. Kontrollorgane	86
1. Verwaltungsgerichte als Kontrollorgane für wertende Behördenentscheidungen	87
2. Verfassungsgerichte als Kontrollorgane für wertende Behördenentscheidungen	88
3. Sozialgerichte als Kontrollorgane für wertende Behördenentscheidungen	90
4. Finanzgerichte als Kontrollorgane für wertende Behördenentscheidungen	91

5. Zivilgerichte als Kontrollorgane für wertende Behördenentscheidungen	92
a. Unterschiedliche Ansätze	93
b. Ähnliche Begrenzungen	94
c. Warn-, Reserve-, Ergänzungs- und Gewaltenteilungsfunktion der Amtshaftungsrechtsprechung	96
d. Gemeinsames Ziel von Verwaltungsgerichtsbarkeit und Amtshaftungsrechtsprechung der Zivilgerichte	98
6. Kartellsenate als Kontrollorgane in Kartellverwaltungssachen	99
7. Bundespatentgericht und BGH als Kontrollorgane in Verwaltungsrechtssachen	102
8. Zivil- und Strafsenate der Oberlandesgerichte und des BGH als Kontrollorgane gegenüber Justizverwaltungsakten	104
9. Gerichte der Freiwilligen Gerichtsbarkeit als Kontrollorgane bei Freiheitsentziehungen im Verwaltungsrecht	106
a. Freiheitsentziehungen zur Gefahrenabwehr	106
b. Sonstige Freiheitsentziehungen im Verfahren des FGG	108
aa. Unterbringungssachen	108
bb. Ersatzzwangshaft im Vollstreckungsrecht	108
c. Zuständigkeitsabgrenzung zwischen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Freiheitsentziehungsfällen	108
10. Anwaltsgerichtshöfe und BGH als Kontrollorgane in Rechtsanwaltsachen	109
11. Oberlandesgerichte und BGH als Kontrollorgane in Patentanwaltsachen	112
12. Oberlandesgerichte und BGH als Kontrollorgane in Notarverwaltungssachen	112
13. Kammern und Senate für Baulandsachen	114
14. Landwirtschaftsgerichte	116
a. Landpachtrecht	116
b. Grundstücksverkehrsrecht	118
15. Strafgerichte als Kontrollorgane im Verwaltungsrecht	119
a. Inzidentkontrolle	120
b. Kontrolle von Bußgeldbescheiden und anderen Behördenmaßnahmen	120
c. Überschneidungen	121
d. Richtervorbehalte der StPO	122
16. Strafvollstreckungskammern als Kontrollorgane über wertende Behördenentscheidungen im Strafvollzug	122
17. Der Einfluß des EuGH und des EuG 1. Instanz auf die Kontrolldichte im Verwaltungsrecht	126
a. Vorabentscheidungsverfahren	127

b. Nichtigkeitsklagen	128
c. Weitere Einflüsse und ihre Bewertung	130
18. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) als Kontrollorgan im Verwaltungsrecht	133
19. Verwaltungskontrolle durch Behörden	135
20. Gerichtskontrolle über Gerichte	136
21. Unabhängige Datenschutzbeauftragte als Kontrollorgane bei Verwaltungsentscheidungen	137
22. Befund des Überblicks über die Kontrollorgane für die Kontrolldichte, für etwaige Freiräume der Verwaltung und für die Rechtspflegefunktion der Gerichte	137
23. Befund des Überblicks über die Kontrolle: „Theorie- untauglichkeit der Kontrolldichte“?	138
 4. Kapitel: Rechtsschutz	140
I. Objektiver und subjektiver Rechtsschutz	141
1. Objektiver Rechtsschutz als Modell	141
2. Subjektiver Rechtsschutz als Modell	144
II. Rechtsschutz-Modelle und Kontrollschärfe	145
1. Die Zwiespältigkeit eines objektiven Rechtsschutz-Modells für die Kontrollschärfe	145
a. Rechtsschutzstärkende Wirkung eines objektiven Rechtsschutz-Modells	145
b. Kontrollbegrenzende Mittel beim objektiven Rechtsschutz- Modell	146
aa. Recht- und Zweckmäßigkeit	147
bb. Rechtliche und außerrechtliche Maßstäbe	149
cc. Handlungs- und Kontrollnormen	150
dd. Außen- und Innenrecht	150
ee. Allgemeines und Besonderes Gewaltverhältnis	150
ff. Beurteilungsspielräume und andere „Verwaltungsvorbehalte“	151
gg. Enumerationsprinzip	152
hh. Weitere Begrenzungsmittel beim objektiven Rechtsschutz- Modell	152
ii. Rechtspolitische Rechtfertigung der Begrenzungsmittel: „Gefahren“ eines objektiven Rechtsschutz-Modells?	154
2. Die Zwiespältigkeit eines subjektiven Rechtsschutz-Modells für die Kontrolldichte	154
a. Begrenzungsfunktion eines subjektiven Rechtsschutzes	154
aa. Zum Begriff des subjektiven Rechts als Begrenzungsmittel	156
bb. Der Eingriffsbegriff als Mittel zur Begrenzung des subjektiven Rechtsschutzes	157

cc. Weitere Begrenzungsmittel	158
b. Kombination kontrollbegrenzender Elemente beider Rechtsschutz-Modelle als Gefahr für den Rechtsschutz	158
c. Die Stärkung des Schutzes durch ein subjektives Rechtsschutz-Modell	160
aa. Besonderer Schutz der als subjektive Rechte bezeichneten Positionen	160
(1) Die Kraft der rechtspolitischen Wertvorstellung des subjektiven Rechtsschutz-Modells	161
(2) Die Stärke der Umsetzung des subjektiven Rechtsschutz- Modells in geltendes Recht	162
bb. Schutzverstärkung durch eine „Schranken-Schranken- Funktion“ subjektiver öffentlicher Rechte	164
cc. Weitere Verstärkungen des Rechtsschutzes im subjektiven Rechtsschutz-Modell	164
(1) Wahrung und Stärkung des Vorrangs des Parlaments	164
(2) Weitere Einflüsse auf die Rechtsdogmatik	165
dd. Die Stärke des subjektiven Rechtsschutz-Modells in sog. Drittklage-Fällen	166
III. Die Grundlage des Verwaltungsrechtsschutzes in der Bundesrepublik	167
1. Art. 19 IV GG als Entscheidung für ein subjektives Rechtsschutz-Modell	167
2. Die Entscheidung des Art. 19 IV GG für ein subjektives Rechtsschutz-Modell als Stärkung des Rechtsschutzes	169
3. Art. 19 IV GG und der Begriff des subjektiven Rechts	170
a. Bedeutung des Gerichtsschutzes für den Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts	171
b. Anerkennung der Grundrechte als subjektive öffentliche Rechte	172
c. Staatliche (Schutz-) Pflicht zur Vermehrung subjektiver öffentlicher Rechte	173
d. Ausrichtung der Rechtspflegeaufgabe der Gerichte auf Präzisierung und Stärkung subjektiver Rechte	175
4. Art. 19 IV GG und der Begriff des Eingriffs in subjektive Rechte	176
5. Begrenzungsmittel des objektiven Rechtsschutz-Modells trotz Entscheidung des Art. 19 IV GG für ein subjektives Modell ...	177
a. Art. 19 IV GG und Verwaltungsermessen	178
b. Art. 19 IV GG und besondere Gewaltverhältnisse	180
c. Art. 19 IV GG und die Unterscheidungen von Außen- und Innenrecht, von rechtlichen und außerrechtlichen Kontrollmaßstäben sowie von Handlungs- und Kontrollnormen .	180

d. Unvereinbarkeit eines verwaltungsgerichtlichen Enumerationsprinzips mit Art. 19 IV GG	181
f. Art. 19 IV GG, Beurteilungsspielräume und andere „Verwaltungsvorbehalte“	183
6. Zusammenfassende Bewertung: Rechtspflegender subjektiver Rechtsschutz als Leitfigur	184
IV. Exkurs zu Art und Weise des Streits um die angemessene Kontrollschärfe beim Rechtsschutz	187
1. Die Vielzahl der Stimmen im Kontrolldichte-Streit	187
2. Mißklänge beim Streit um die richtige Kontrolle	188
3. Verdunkelung durch wolkige Umschreibungen	191
4. Mißverständnisse durch Begriffsbildungen	191
5. Vorverständnisse und Parteilichkeiten im Kontrolldichte-Streit	192
V. Gang der weiteren Untersuchung	193

2. Teil

Geschichtliche Entwicklung

A. Ziel und Schwerpunkte des erforderlichen Rückblicks	195
B. Gang der Darstellung	201
<i>5. Kapitel: Verwaltungsgerichtsbarkeit und Kontrollschärfe im Kaiserreich am Beispiel Preußens (Gesetzeslage und Rechtsprechung seit 1875)</i>	<i>202</i>
I. Überblick	202
II. Das Verwaltungsgerichtsgesetz von 1875	207
1. Die Gerichte und ihr Streitverfahren	207
a. Kreisverwaltungsgerichte	208
b. Bezirksverwaltungsgerichte	209
c. Oberverwaltungsgericht	210
2. Die Unabhängigkeit der „Gerichte“	210
3. Unterscheidung von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit anhand ihrer Verfahren	214
4. Die Gerichtsförmigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens	216
5. Die Instanz- und Verfahrensabhängigkeit der Kontrolle	217
a. Das OVG als erste Instanz	217
b. Berufung	218
c. Revision	219
d. Die Möglichkeit von Vorbescheiden	221

III. Das Zuständigkeitsgesetz 1876	222
1. Begrenzung richterlicher Kontrolle durch das Enumerationsprinzip	222
2. Rechtsmittelverfahren gegen polizeiliche Verfügungen	225
a. Schlußklage	226
b. Wahlklage	229
3. Rechtsmittelverfahren gegen polizeiverfügungsähnliche (Zwangs-) Maßnahmen	231
4. Baupolizeiliche Verfügungen	231
5. Kommunalaufsicht durch Klage der Aufsichtsbehörde vor dem Verwaltungsgericht	232
6. Die Anfechtungsklage des Vorsitzenden des Kreisausschusses nach § 18 ZustG	232
7. Rechtsmittelverfahren in anderen Rechtsgebieten	233
a. Ausnahmsweise sachliche Zuständigkeiten des OVG im erstinstanzlichen Verfahren	233
b. Zuständigkeiten des OVG im regelmäßigen Berufungsverfahren	233
c. Zuständigkeiten des OVG im Revisionsverfahren	233
8. Gerichtsbefugnisse kraft besonderer Zuständigkeits- und Verfahrensregeln	234
a. Nachträgliche Rechtmäßigkeitskontrolle	235
b. „Nachträgliche Verwaltungsgerichtsbarkeit“ mit Recht- und Zweckmäßigkeitprüfung	238
c. Ursprüngliche Gerichtsbarkeit – Verwaltungsentscheidungen durch Verwaltungsrichter?	241
d. Verwaltungsstreitverfahren zwischen Privaten	245
e. Instanzenzug und Kontrolldichte	246
9. Ziele der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach den Gesetzen von 1875 und 1876: Subjektiver Rechtsschutz Privater, objektive Richtigkeitskontrolle, Behördenklagen und ursprüngliche Gerichtsbarkeit	246
- 10. Die Offenheit des Streitverfahrens für unterschiedliche Intensitäten richterlicher Prüfung	247
11. Zusammenfassende Systematisierung der verwaltungsrichterlichen Kontrolldichte bis 1880	248
IV. 1880 – Die Neufassung des Verwaltungsgerichtsgesetzes und das Organisationsgesetz	250
1. Die Neufassung des Verwaltungsgerichtsgesetzes	250
2. Das Organisationsgesetz	251
V. 1881 – Änderung der Kreisordnung vom 13. 12. 1872 durch das Änderungsgesetz vom 19. 3. 1881	254

VI. 1883 – Das Landesverwaltungsgesetz und das neue Zuständigkeitsgesetz	256
1. Das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung (LVG)	256
a. Aufhebung der Bezirksverwaltungsgerichte – Trennung der Verwaltungsbehörden von den Instanzgerichten nur noch durch Verfahrensarten	257
b. Zur Unabhängigkeit der Verwaltungsgerichte	257
c. Die Gerichtsförmigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens	259
d. Beibehaltung des Enumerationsgrundsatzes	259
e. Erneute Ausweitung der Vorbescheids-Möglichkeit	261
f. Gerichtskontrolle von Polizeiverfügungen	262
g. Rechtsschutz gegen Zwangsmittelandrohung	263
h. Beibehaltung der Möglichkeit rein objektiver Rechtskontrolle	263
2. Das Zuständigkeitsgesetz 1883	265
a. Kompetenzänderungen für Verwaltungsrichter	265
b. Lücken bei der Gerichtskontrolle	267
c. Die Vielfalt besonderer und das Fehlen allgemeiner Klagearten im Verwaltungsstreitverfahren	269
3. Spätere Ausweitungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	272
4. Reformbestrebungen	273
a. Straffung und Zurückdrängung der Kontrolle durch Verwaltungsrichter	274
b. Intensivierung der Gerichtskontrolle?	275
c. Grundsätzliche Beibehaltung der Verwaltungsgerichts- kontrolle wie bisher	276
d. Der Entwurf zur Novelle des Landesverwaltungs- gesetzes (1913)	276
5. Kriegsbedingte Zurückdrängung der Kontrolle durch Verwaltungsrichter	279
6. Kapitel: <i>Verwaltungsgerichtsbarkeit und Kontrollschärfe in der Weimarer Republik, vor allem am Beispiel Preußens</i>	279
I. Überblick	279
1. Zu viele und zu große Reformwünsche und Kontrolldichte-Diskussion	279
2. Die kleine Reform durch das Preußische Polizeiverwaltungsgesetz	281
3. Das Ende der Reformpläne	282
II. Die Kernfragen der Weimarer Kontroll-Diskussion	282
1. Verwaltungsgerichtliche Generalklausel?	282
2. Subjektive öffentliche Rechte als Grenze der Gerichts- kontrolle	286

a.	Gerichtskontrolle durch subjektive öffentliche Rechte veranlaßt oder begrenzt?	286
aa.	Subjektiver Rechtsschutz und Enumerativprinzip.	286
bb.	Subjektiver Rechtsschutz und Generalklausel.	287
cc.	Das subjektive öffentliche Recht in der Rechtsprechung des PrOVG	288
b.	Auswirkungen der Unsicherheit über Aufgabe und Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts im Verwaltungsrecht	290
c.	Die Bedeutung der Grundrechte der Weimarer Verfassung für den Verwaltungsrechtsschutz in Preußen	293
3.	Ermessenskontrolle durch Verwaltungsrichter?	294
a.	Reformdiskussion	294
b.	Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte	297
c.	Der Einfluß des Reichsgerichts auf die Ermessenskontrolle	303
4.	Die Ungelöstheit der Kontroll-Diskussion am Ende der Republik ...	305
7. Kapitel:	<i>Die Kontrolle durch Verwaltungsrichter im NS-Staat</i>	308
I.	Gesetzesänderungen	308
1.	Das preußische Gesetz über die Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates v. 15. 12. 1933 (Anpassungsgesetz)	309
a.	Ersetzung der (staatlichen) Verwaltungsbeschlußbehörden durch Verwaltungsbehörden	309
b.	Umorganisation der Verwaltungsgerichte	309
c.	Straffung der Rechtsmittelverfahren	310
d.	Änderungen der Zuständigkeitszuweisungen an die Verwaltungsgerichte	311
2.	Das Steueranpassungsgesetz des Reiches v. 16. 10. 1934	312
3.	Die Deutsche Gemeindeordnung v. 30. 1. 1935	313
4.	Das Gesetz über die Geheime Staatspolizei v. 10. 2. 1936	314
5.	Das Deutsche Beamtengesetz v. 26. 1. 1937	315
6.	Der Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Vereinfachung der Verwaltung v. 28. 8. 1939	316
7.	Die Zweite Verordnung über die Vereinfachung der Verwaltung v. 6. 11. 1939	318
8.	Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts v. 3. 4. 1941 und die Erste Verordnung zur Durchführung dieses Erlasses v. 29. 4. 1941 ..	320
9.	Gesetzeslage zur Verwaltungsgerichtsbarkeit am Ende des 2. Weltkriegs	321
II.	Auslegung der Generalklauseln im nationalsozialistischen Sinn	322

III. Die Ersetzung des Gesetzmäßigkeits- durch das Rechtmäßigkeitsprinzip	325
IV. Politische Entscheidungen	327
V. Leugnung subjektiver öffentlicher Rechte	333
VI. Rechtfertigung der Kontrolle durch Verwaltungsgerichte im NS-Staat	337
1. Fehlervermeidung beim Staatshandeln	338
2. Dezentralisation	339
a. Entlastung der Verwaltung durch Verwaltungsgerichte	339
b. Arbeitsteilung und „Mitarbeit“ statt Gewaltenteilung	340
3. Rechtspflege	343
4. Ausschluß der Justiz von der Verwaltungskontrolle	344
5. (Psychologisch) bessere Akzeptanz des Staates durch den Bürger bei Bestehen von Verwaltungsgerichten	346

3. Teil

Kontrollschärfefragen in der Bundesrepublik Deutschland

8. Kapitel: Die Wiedererrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach dem 2. Weltkrieg	350
I. Die Einführung der verwaltungsgerichtlichen Generalklausel	350
II. Die Einführung der Gerichtsschutzgarantie des Art. 19 IV GG	352
III. Die Garantie der Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht	354
IV. Die Vermehrung der Klagearten	354
V. Die organisatorische Trennung der Verwaltungsgerichte von den Behörden	355
1. Kontrollbeschränkung als Ziel einer Trennung der Verwaltungsgerichte von der Verwaltung?	355
2. Die Stärkung des Rechtsschutzes der Einzelnen als Grund für die organisatorische Trennung	357
9. Kapitel: Die Kontrollschärfe im Prüfungsrecht	359
I. Die Entwicklung der Kontrolle von Prüfungsentscheidungen bis zu den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts von 1991 ..	360
II. Zwischenbilanz	369

III. Die Prüfungsrechtsbeschlüsse des BVerfG von 1991	371
IV. Der Chancengleichheitsgrundsatz als Rechtfertigung eines prüfungsrechtlichen Bewertungsspielraums?	372
1. Chancengleichheit als formaler und ambivalenter Gleichheitssatz ..	375
2. Bewertungsspielraum als Ausnahme vom Gleichheitssatz	376
3. Verwaltungsgerichtsbarkeit als sachliche Rechtfertigung für die „Besserstellung“ des klagenden Prüflings gegenüber denen, die nicht klagen	376
4. Die Schutzbedürftigkeit anderer Kandidaten ist kein Grund, um zur Wahrung einer Chancengleichheit die Gerichtskontrolle zu beschränken	377
a. Kläger rügt gleichheitswidrige Fehlbewertung	377
b. Kläger rügt Fehlbewertung aller Prüflinge	377
c. Gleichheitsverstoß durch die Ausgestaltung verwaltungsgerichtlichen Schutzes?	377
aa. Entscheidung, wenn die Bewertungsmaßstäbe des Prüfers nicht aufgedeckt werden (können)	378
bb. Entscheidung, wenn die Bewertungsmaßstäbe des Prüfers aufgedeckt sind	379
5. Verwaltungsgerichtsschutz gewährt keine gleichheitswidrige „zusätzliche Prüfungschance“	381
6. Etabliertes Richterrecht oder Bindung kraft § 31 BVerfGG als Grund für einen Bewertungsspielraum der Prüfer?	381
V. Befugnis der Prüfer, nach eigenen Maßstäben zu prüfen	384
1. Nutzung eigener Maßstäbe	384
2. Schlüsse für einen Bewertungsspielraum der Prüfer im Prüfungsrecht?	385
VI. Überkommene Argumente, die einen Beurteilungsspielraum der Prüfer belegen sollen	386
1. Funktionsgrenzen der Rechtsprechung als Argument für einen nicht überprüfbaren Entscheidungsfreiraum der Prüfer? („Komplexitäts-Argument“)	387
2. Verschiedene „Funktionen“ von Prüfer und Verwaltungsgericht als Grund für einen Beurteilungsspielraum? („Gewaltenteilungs- und Funktionstrennungs-Argument“)	388
3. Kontrollfreier Bewertungsspielraum der Prüfer kraft einfachgesetzlicher Zuweisung? („Normative Ermächtigung“)	390
4. Entscheidungskompetenz besonderer Gremien als Grund für einen Beurteilungsspielraum der Prüfer? („Gremien-Argument“)	392
5. Höchstpersönlichkeit? („Höchstpersönlichkeits-Argument“)	394

6. Unwiederholbarkeit der Prüfungssituation? („Unwiederholbarkeits-Argument“)	396
7. Sachkunde der Prüfer als Grund für einen Bewertungsspielraum? („Vorsprungswissen“, „Sachkunde-Argument“)	400
8. Erfahrung der Prüfer als Grund für einen Bewertungsspielraum?	401
9. Unabhängigkeit der Prüfer? („Unabhängigkeits-Argument“)	403
10. Außerrechtlichkeit der Maßstäbe?	406
11. Prognosecharakter der Prüfungsentscheidungen?	406
12. „Beweislast“ des Prüflings als Grund für einen Beurteilungsspielraum des Prüfers?	407
a. Materielle Beweislast	407
b. Verhältnis von materieller Beweislast und Beurteilungsspielraum	408
c. Materielle Beweislast im Prüfungsrechtsstreit	409
13. Zusammenfassendes Zwischenergebnis: Prüfungsspezifischer Beurteilungsspielraum ohne Kontrollbeschränkung	413
VII. Kontrollbeschränkung ohne Bewertungsspielraum der Prüfer:	
Die Substantiierungslast des Prüflings	413
1. Rechtsprechung des BVerwG zur Substantiierungslast in Prüfungsprozessen	415
2. Stellung und Wirkung der Substantiierungslast im Prüfungsprozeß	417
3. Unterscheidung: Substantiierungslast – „formelle“ Beweislast	418
4. Unterscheidung: Substantiierungslast – materielle Beweislast	420
5. Verhältnis der Substantiierungslast zum Beweismaß	421
6. Substantiierungslast und Untersuchungsgrundsatz	422
7. Abgrenzung der Substantiierungslast des Prüflings von Mitwirkungslasten des Prüflings außerhalb des Verwaltungsstreitverfahrens	423
8. Substantiierungslast des Prüflings als Grundrechtsbeschränkung	424
9. Rechtfertigung einer Substantiierungslast	425
a. Substantiierungslast des Prüflings	425
b. Substantiierungslast des Prüfungsamtes	426
10. Kennzeichnung der Kontrollbeschränkung im Prüfungsrecht und abschließende Bewertung	426
 10. Kapitel: „Verwaltungsvorbehalt(e)“ gegenüber der Verwaltungsgerichtsbarkeit?	 429
I. Beschreibungen von „Verwaltungsvorhalten“	430
1. Undifferenzierte Beschreibungen	432
2. Beschreibungen, die die Kontrollbeschränkung methodisch oder dogmatisch einbinden wollen	432

a.	Ordnung nach methodischen Kategorien wie Sachverhalts- ermittlung, Auslegung, Subsumtion, Abwägung und „Konkretisierung“	432
b.	Beschreibungen, die an „Normstrukturen“ wie Tatbestand und Rechtsfolge anknüpfen	435
c.	Ordnung nach Rechtsgebieten	436
d.	Ordnung danach, ob mit der Beschreibung auf eine Gewalten-, Funktions- oder Arbeitsteilung zwischen Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit Bezug genommen werden soll ..	436
3.	Sonstige Beschreibungen	437
4.	Beschreibungen der Kontrolle	439
5.	Zwischenergebnis: „Verwaltungsvorbehalt“ nur heuristischer Sammelbegriff	440
II.	Begründungsansätze für einen kontrollbeschränkten „Verwaltungs- vorbehalt“, die über die im 4. und 9. Kapitel erörterten hinausgehen?	441
1.	Gesetzestext als Beleg für eine Kontrollfreiheit der Verwaltung? ...	442
a.	Art. 7 V GG: „Anerkennungsspielraum“ der Unterrichts- verwaltung für die Anerkennung privater Volksschulen?	442
b.	§ 8 Nr. 2 Niedersächsische Gemeindeordnung: „Bedürfnisfeststellungs-Spielraum“ der Gemeinde für einen Anschluß- und Benutzungszwang?	444
c.	§ 9 Nr. 3 DRiG: Kontrollfreier Spielraum zur Feststellung der Befähigung zum Richteramt bei der Richtereinstellung?	446
d.	§ 71 V 2 GWB: Verwaltungsvorbehalt für die Würdigung der gesamtwirtschaftlichen Lage?	447
e.	Konsequenzen für eine normative Ermächtigungslehre	448
2.	Normstruktur als Beleg für eine Kontrollfreiheit der Verwaltung? ..	449
3.	Kontrollfreiheit der Verwaltung kraft „Entscheidungsstruktur“? ...	451
4.	Kontrollfreiheit kraft „Sachstruktur“?	452
5.	Die „Verantwortung der Verwaltung“ als Rechtfertigung eines Verwaltungsvorbehalts?	455
6.	Gewaltenteilungsprinzip als Grund eines Vorbehalts der Verwaltung gegenüber Gerichtskontrolle?	457
7.	Ergebnis	458
II.	<i>Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen</i>	460
I.	„Wertende Behördenentscheidungen“	460
II.	„Kontrolle“	461
III.	„Rechtsschutz“	467

IV. Entstehung und Wachsen der Kontrollschärfe des Verwaltungsrechtsschutzes seit Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Preußen	470
V. Kontrollschärfefragen in der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel des Prüfungsrechts	477
VI. „Verwaltungsvorbehalt(e)“ gegenüber der Verwaltungsgerichtsbarkeit?	481
Literaturverzeichnis	485
Register	528

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
Abg.-H.	Abgeordnetenhaus
abl.	ablehnend
Abl.	Amtsblatt
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AgrarR	Agrarrecht
AK-StVollzG	Alternativ-Kommentar zum Strafvollzugsgesetz
ALR	Allgemeines Preußisches Landrecht
Amtl.Slg.	Amtliche Sammlung
AnsiedlG	Ansiedlungsgesetz
AnwBl.	Anwaltsblatt
AnwGH	Anwaltsgerichtshof
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
ASOG Bln	Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin
AtVfV	Atomrechtliche Verfahrensordnung
atw.	atomwirtschaft
Az.	Aktenzeichen
B.	Beschluß
Bad.VGH	Badischer Verwaltungsgerichtshof
BauGB	Baugesetzbuch
BaWüVBl.	Baden-Württembergisches Verwaltungsblatt
BayBauO	Bayerische Bauordnung
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
bayPAG	Bayerisches Polizeiaufgabengesetz
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bay.VGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Der Betriebsberater
BBauG	Bundesbaugesetz
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Bek.	Bekanntmachung
ber.	berichtigt
betr.	betrifft
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGHSt	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz

Bl. f. administr. Praxis	Blätter für administrative Praxis
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Brem.GBl.	Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
B.-W.	Baden-Württemberg
BWassStrG	Bundeswasserstraßengesetz
BWVPr	Baden-Württembergische Verwaltungspraxis
BZ	Britische Zone
bzw.	beziehungsweise
DBG	Deutsches Beamtengesetz
ders.	derselbe
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Die Verw.	Die Verwaltung
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
DiätVO	Diätverordnung
Diss.	Dissertation
DNG	Die niedersächsische Gemeinde
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DR	Deutsches Recht
Dt.	deutsch, deutsches
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift
Dt.Verw.	Deutsche Verwaltung (bis 1945)
Dt.VerwBl.	Deutsche Verwaltungsblätter
DtZ	Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift
DV	Deutsche Verwaltung (ab 1945); Durchführungsverordnung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft
E.	Entscheidung
EAGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGKS	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Erk.	Erkenntnis
Entsch.	Entscheidung

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGH Slg.	Entscheidungssammlung des Europäischen Gerichtshofs
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende; für
FEVG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen
ff.	folgende
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fischers Z.f.VerwR	Fischers Zeitschrift für Verwaltungsrecht
FS	Festschrift
Fn.	Fußnote
G.	Gesetz
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GrdstVG	Grundstücksverkehrsgesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gesetzessammlung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVSlg.	Gesetz- und Verordnungssammlung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hamb.OVG	Hamburgisches Oberverwaltungsgericht
Hess.VGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
HGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
h.M.	herrschende Meinung
HRG	Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	Herausgeber
HWO	Handwerksordnung
i.d.F.	in der Fassung
insbes.	insbesondere
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
Jahrg.	Jahrgang
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
K.	Kammer
KAG	Kommunalabgabengesetz
Kap.	Kapitel
krit.	kritisch
KStZ	Kommunale Steuer-Zeitschrift
li.	links

li.Sp.	linke Spalte
lit.	littera
LPachtVG	Landpachtverkehrsgesetz
LS	Leitsatz
LT-Drucks	Landtags-Drucksache
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LVG	Preußisches Landesverwaltungsgesetz; Landesverwaltungsgericht
LwVG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen
MBI. d.i.V.	Ministerialblatt der Inneren Verwaltung
MDH	Maunz/Dürig/Herzog
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MRVO	Militärregierungsverordnung (Brit. Zone)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N.F.	Neue Fassung
Nds.VBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NdsPsychKG	Niedersächsisches Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
NdsVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NGefAG	Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz
NGO	Niedersächsische Gemeindeordnung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungsreport
NWFHG	Nordrhein-Westfälisches Fachhochschulgesetz
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NWWissHG	Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen
o.ä.	oder ähnliche
OrganisationsG	Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster sowie für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAO	Patentanwaltsordnung
PatG	Patentgesetz
Pr.ME.	Preußischer Ministerialerlaß
PreußProvVO	Preußische Provinzialordnung
PrGS	Preußische Gesetzessammlung
PrOVG	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
PrVBl.	Preußisches Verwaltungsblatt
PrVerf	Preußische Verfassung
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
Rdnr.	Randnummer
re.	rechts
Reg.Bl.	Regierungsblatt

RegE	Regierungsentwurf
re.Sp.	rechte Spalte
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGewO	Reichsgewerbeordnung
RiA	Das Recht im Amt
RMBliV	Reichsministerialblatt für die innere Verwaltung
RMI	Reichsminister(ium) des Innern
RuPrVBl.	Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt
RVBl.	Reichsverwaltungsblatt
s.	siehe
S.	Seite; Senat
Sächs.	Sächsisch (e, es)
sächsGVBl.	sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsOrgG	Sächsisches Gesetz, die Organisation der Behörden für die innere Verwaltung betreffend, v. 21. 4. 1873, sächsGVBl. 1873, S. 275
SächsOVG	Sächsisches Oberverwaltungsgericht
Schl.-H.	Schleswig-Holstein
schlhVwVfG	Schleswig-Holsteinisches Verwaltungsverfahrensgesetz
scil.	scilicet
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
Slg.	Sammlung
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r)
Sten.Ber.	Stenografischer Bericht
StPO	Strafprozeßordnung
StVollG	Strafvollzugsgesetz
s.u.	siehe unten
Thür. OVG	Thüringisches Oberverwaltungsgericht
Tit.	Titel
Tz.	Textzahl
U.	Urteil
u.a.	unter anderem
UIG	Umweltinformationsgesetz
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
usf.	und so fort
UTR	Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts
v.	vom; von
VA	Verwaltungsakt
Var.	Variante
VBl.	Verordnungsblatt
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGG	Verwaltungsgerichtsgesetz
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche

VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WissR	Wissenschaftsrecht
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WM	Wertpapiermitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Weimarer Reichsverfassung (Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919)
WuV	Wirtschaft und Verwaltung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Rechtsvergleichung
z.B.	zum Beispiel
Z.f.Öff.R	Zeitschrift für Öffentliches Recht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht
Ziff.	Ziffer
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZLW	Zeitschrift für Luftrecht- und Weltraumfragen
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
z.T.	zum Teil
ZustG	Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden

Monografien werden mit verkürztem Titel zitiert, vgl. dazu das Literaturverzeichnis.

Die weiteren Abkürzungen sind entnommen aus Hildebert Kirchner, *Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache*, 4. Aufl., Berlin, New York 1993.

Einleitung

Wie scharf dürfen Verwaltungsrichter Behördenmaßnahmen prüfen? Hierüber herrscht Streit, seit im 19. Jahrhundert Verwaltungsgerichte entstanden.¹ Der Streit wurzelt zudem in dem noch älteren, ob hoheitliches Verwaltungshandeln überhaupt durch Richter „fremd“ kontrolliert werden darf.² Heute erlaubt das deutsche Recht die Kontrolle und scheint sie zu fördern, deutet aber ihren Umfang nur an. Die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 IV GG und die verwaltungsgerichtliche Generalklausel des § 40 I VwGO lassen ahnen,³ daß alles geprüft werden darf, und doch zweifelt man:⁴ Einerseits setzt Rechtsschutz die Kontrollierbarkeit der Verwaltung voraus,⁵ andererseits ist unser Rechtssystem gar nicht fähig, jedes Staatshandeln lückenlos nachzuprüfen,⁶ und der einfache Gesetzgeber schneidet seit wenigen Jahren dem Anschein nach unaufhaltsam den verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz zurück.⁷ In dieser Ungewißheit berufen viele eine „Krise der Verwaltungsgerichtsbarkeit“,⁸ um dann den Richtern weitere Grenzen gegenüber der Exekutive zu stecken.⁹ Die Schärfe der richterlichen Kontrolle – oft „Kontrolldichte“¹⁰, „Kontrollintensität“ oder ähn-

¹ S. z.B. *Otto Mayer*, § 13 S. 132 f. m.w.N.; *Günter Dürig*, JZ 1953, 535: „uralte ‚quaestio diabolica‘ des Verwaltungsrechts“; ebenso schon *Philipp Zorn*, VerwArch 2 (1894), 74 (82).

² Dazu *Edgar Loening*, Verwaltungsrecht, S. 771–783 m.w.N.; *Wolfgang Rübner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 26 f.

³ Vgl. z.B. *Ernst Forsthoff*, Verwaltungsrecht, S. 80; *Otto Bachof*, Staatsbürger und Staatsgewalt Bd. II, S. 3 (9).

⁴ Vgl. z.B. *Roman Herzog*, NJW 1992, 2601; *Horst Bauer*, Gerichtsschutz, spricht von „Dilemma“.

⁵ Vgl. z.B. *Ernst Forsthoff*, Verwaltungsrecht, S. 80.

⁶ Gegen eine „total“ organisatorisch ausdifferenzierte Kontrolle *Walter Krebs*, Kontrolle, S. 51.

⁷ Dazu unten, 2. Kapitel, III. 4.

⁸ Z.B. *Hartmut Albers*, Festschrift Simon, S. 519; *Helmuth Schulze-Fielitz*, Gesetzgebung, S. 147; weitere Nachweise bei *Eberhard Schmidt-Aßmann*, VVDStRL 34 (1976), 221 (223 Fn. 3); kritisch zusammenfassend *Paul Stelkens*, DVBl. 1995, 1105. Entsprechend soll es eine „Krise der Finanzgerichtsbarkeit“ geben, vgl. *Tipke/Kruse*, AO/FGO, Bd. III, Einf. FGO Tz. 17.

⁹ S. z.B. *Winfried Brohm*, Festschrift Menger, S. 235 (238) und die ähnliche Einschätzung bei *Friedrich Schoch*, Vorläufiger Rechtsschutz S. 16. Zu Recht kritisch zum „Krisenszenario“ auch *Jörn Ipsen*, Jura 1987, 123 (130).

¹⁰ Kritisch zu diesem Wort *Everhardt Franßen*, Festschrift Zeidler, S. 429 (432: „scheint ... nahezuiegen, es stehe in der Macht des Richters, der Verwaltung gegenüber die Zügel anzulegen oder zu lockern“) und *Ernst Kutscheidt*, NWVBl. 1995, 121 (122: Es gehe weniger um die Inten-

lich¹¹ genannt – bleibt deshalb ein Dauerthema des Verwaltungs- und des Verfassungsrechts.¹²

Die Kontrolldichte der Verwaltungsgerichte gegenüber der Verwaltung ist danach ständig in Fluß. Deshalb wird diese Arbeit oft nur ein Schlaglicht werfen können. Ihr Programm ist, daß einleitend die Ursprünge des Themas und seine Einbettung im Recht der Bundesrepublik knapp skizziert und daß dann die Begriffe wertende Behördenentscheidungen, Kontrolle und Rechtsschutz geklärt werden. Dies wird zugleich das heutige System eines rechtspflegenden Verwal-

sität der Gerichtskontrolle als darum, in welchem Maß Verwaltungsentscheidungen gerichtsfest seien).

¹¹ *Dietrich Rauschnig*, JuS 1993, 551 (553): „Grad der gerichtlichen Kontrolle“; *Jürgen Salzwedel*, Festschrift Redeker, S. 421: „Anspannungsintensität“; BVerfG, B. v. 17. 4. 1991–1 BvR 1529/84 u. 213/83 – BVerfGE 84, 34 (56): „Kontrollpflicht“; BVerfG, B. v. 16. 12. 1992–1 BvR 167/87 – BVerfGE 88, 40 (56): „Prüfungsintensität“; *Gunnar Folke Schuppert*, DVBl. 1988, 1191 (1192): „Nachprüfungsintensität“; *Carl Hermann Ule*, VVDStRL 15 (1957), 133 (141, 172): „Intensität des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes“; *Bernhard Stüer*, DÖV 1974, 257 (258) und *Jörg Berkemann*, RdJB 1986, 258 (259): „gerichtliche Kontrollintensität“; *Bernhard Stüer*, Handbuch des Bau- und Fachplanungsrechts, 1997, Rdnr. 75: „Intensität und Reichweite der gerichtlichen Kontrolle“; *Günter Püttner*, in Götz/Klein/Starck, S. 131: „Intensität der Einwirkung der Gerichte auf die Verwaltung“; *Roman Herzog*, NJW 1992, 2601: „Gründlichkeit, mit der die Verwaltungsgerichte sich über die Emanationen exekutiver Gewalt hermachen“; *Everhard Franßen*, Festschrift Zeidler, S. 429 (433): „Reichweite verwaltungsgerichtlicher Kontrolle“; *Peter Guhl*, Prüfungen, S. 39 und *Hermann Hummel*, Prüfungsbewertungen, S. 89 sowie *Ruprecht Boeck*, Prüfungen, S. 1: „Nachprüfungsweite“; *Hermann Hummel*, Prüfungsbewertungen, S. 25: „Kontrollweite“, S. 62: „Intensität der Rechtsweggarantie“, S. 63: „Rechtsschutzintensität“; *Ruprecht Boeck*, Prüfungen, S. 27: „Nachprüfungsradius der Verwaltungsgerichte“; *Uwe Berlit*, DVBl. 1995, 293 (295 li.): „Prüfungsdichte“; *Bernd Wortmann*, NWVBl. 1989, 342 (342 li.): „Umfang der gerichtlichen Kontrollbefugnis“; *Ulrich Kamann*, ZRP 1994, 474 (474): „Kontrollkompetenz“; *Carl Hermann Ule*, Festschrift Menger, S. 81 (83): „Kontrollbefugnis der Verwaltungsgerichte“; *Hans Schneider*, Recht und Staat 160/161 (1951), S. 21: „innere Grenzen der richterlichen Kontrollbefugnis“; *Volker Deppe*, Kontrolldichte, S. 89: „Netz des Rechtsschutzes“; *Dietrich Jesch*, AöR 82 (1957), 163 (197 Fn. 134): „gewisse Revisionsähnlichkeit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle“.

Der Begriff „richterliches Prüfungsrecht“ wurde ursprünglich für die Kontrollbefugnis des Richters gegenüber Gesetzen benutzt, s. *Walter Jellinek*, Festschrift Laun, S. 269, aber andere nutzen diesen Begriff auch im obigen Sinn, z.B. *Werner Thieme*, NJW 1959, 742 (743 li.); *Joachim Schmidt-Salzer*, Beurteilungsspielraum, S. 98.

Bezeichnungen vor 1945: z.B. *Fritz Fleiner*, Festschrift Laband II (1908), S. 1 (17): wie „tief sachlich die gerichtliche Kompetenz über die Verfügung geht“; *Rudolf Sievers*, Dt. Verw. 1938, 521 (522, 526): „Nachprüfungsbefugnis (und -pflicht) weit in das Gebiet des Ermessens hinein“; *Wilhelm Frick*, Dt. Verw. 1939, 33 (39 li.): „Umfang des verwaltungsgerichtlichen Schutzes“.

Bezeichnungen in Rechtsvorschriften: § 16 Ziff. 3 d cc) NJAVO v. 2. 11. 1993 (NdsGVBl. S. 561): „gerichtlicher Prüfungsumfang“.

¹² Ebenso z.B. *Fritz Ossenbühl*, Festschrift Redeker, S. 55 (56) und Festschrift Menger, S. 731; *Rainer Wahl*, VBIBW 1988, 387 (387) und NVwZ 1991, 409 (409 li.); *Rupert Scholz*, VVDStRL 34 (1976), 145 (146); *Wolfram Höfling*, RdJB 1995, 387 (396); *Hans Heinrich Rupp*, Festschrift Zeidler, S. 455 (457); *Helmut Schulze-Fielitz*, JZ 1993, 772 (776); *Horst Sandler*, in: Blümel/Pitschas, Wandel der Staatsfunktionen, S. 73 (74); *Rüdiger Breuer*, NVwZ 1988, 104 (106); *Eberhard Schmidt-Aßmann*, DVBl. 1997, 281.

tungsrechtsschutzes ins Licht rücken. Dann werden die Kontrolle wertender Entscheidungen und der rechtspflegende Rechtsschutz weiter erhellt, indem ihr Wachsen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im NS-Staat und in der Nachkriegszeit verfolgt wird um zu zeigen, daß viele Ursachen der Entwicklung von Kontrolldichte und Rechtsschutz heute vergessen sind und dennoch fortwirken. Der gegenwärtige Stand soll untersucht werden am Beispiel der Kontrolle im Prüfungsrecht, die durch neue Beschlüsse des BVerfG erheblich verschärft worden ist. Auf diesen Grundlagen fußt, wieder ausgreifender, eine Kritik an der Diskussion um einen sog. kontrollfreien Vorbehalt der Verwaltung, so daß sich am Schluß zeigt, ob und ggf. wie ein rechtspflegender Verwaltungsrechtsschutz den Behörden kontrollfreie Spielräume belassen darf.

1. Teil

Grundlagen

1. Kapitel

Skizze zum verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Hintergrund

I. Ursprünge

Verfassungs- und Verwaltungsrecht formen die Richtermacht über Behördenakte seit jeher, und für das Wachsen dieses Verwaltungsrechtsschutzes in Deutschland bietet Preußen das wichtigste Beispiel:¹³ Im Polizeistaat der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts¹⁴ schirmte sein Monarch Hoheitsakte vor der Justiz ab;¹⁵ die

¹³ Für Baden s. *Martin Montag*, VBIBW 1992, 194 (197); *Karl Schneider*, Zeitschrift für badische Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege 1935, 145 (145–147); *Wolfgang Rüfner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 3, S. 909 (915 f.).

Für Bayern s. z.B. *Franz Braunwart*, Bl.f.administrative Praxis 1921, 1 ff.; *Anton Dyroff*, RuPrVBl. 50. Bd. (1929), 630 f.; *Martin Löwenthal*, RuPrVBl. 51. Bd. (1930), 148 ff.; *Wolfgang Rüfner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 3, S. 909 (918 ff.).

Für Hamburg s. *Ingo v. Voß*, Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Für Hessen s. *Wolfgang Rüfner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 3, S. 909 (926 ff.).

Für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz s. *Walter Jellinek*, VVDStRL 2 (1925), 8, (18 f.).

Für Oldenburg s. *Wolfgang Rüfner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 3, S. 909 (928 f.).

Für Sachsen s. *Christoph Jestaed*, SächsVBl. 1993, 49 (50 m.w.N.); *Wolfgang Rüfner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 3, S. 909 (920 f.) und die Beiträge von *Christoph Jestaed*, *Claus Meißner*, *Georg Brunner* in: Das Sächsische Oberverwaltungsgericht, S. 14 ff.; 22 ff.; 33 ff.

Für Thüringen s. *Walter Jellinek*, VVDStRL 2 (1925), 8, (18); *Erich Buchmann*, RuPrVBl. 53. Bd. (1932), 785 ff.

Für Württemberg s. *Wolfgang Rüfner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 3, S. 909 (916 ff.).

Für die übrigen kleinen Staaten Norddeutschlands (Anhalt, Lippe, Braunschweig, Lübeck, thüringische Staaten s. *Wolfgang Rüfner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 3, S. 909 (929 f.).

Für Österreich s. *Günther Winkler*, Staatsbürger und Staatsgewalt Bd. I, S. 279 (282 ff.).

¹⁴ Zur Gerichtsbarkeit ordentlicher Gerichte in Verwaltungssachen im 18. Jahrhundert *Wolfgang Rüfner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 49 ff., 62 ff., zusammenfassend S. 116: „Der Rechtsschutz gegen die öffentliche Gewalt war ... am Ende des 18. Jahrhunderts in Preußen umfassender als 50 Jahre später.“

¹⁵ *Wolfgang Rüfner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 146 ff. zur Entwicklung der preußischen Gesetzgebung und Praxis von 1808 bis 1842; vgl. ferner z.B. §§ 35–40 der Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden vom 26. 12. 1808. Als

Verwaltung sollte sich selbst kontrollieren. Nur über Umwege fand der Bürger Gerichtsschutz gegen die hoheitliche Exekutive, und dann nur schwachen: Schädigte ihn ein Verwaltungshandeln, so durfte er vor ordentlichen Gerichten vom Fiskus Entschädigung fordern (§ 81 f. II, 14 ALR), doch es blieb ihm versagt zu erreichen, daß der Hoheitsakt kassiert oder zumindest im Urteilstenor für rechtswidrig erklärt wurde. Weil die ordentlichen Gerichte aber häufig Behörden rügten,¹⁶ wenn sie diese „älteste Form des Verwaltungs-Rechtsschutzes“¹⁷ gewährten und dabei aus Sicht des Königs Landesherrn und Fiskus verwechselten,¹⁸ beugten mehr und mehr Vorschriften solchem Kompetenzkonflikt vor, indem sie die Verwaltung noch stärker vor Richtern schützten.¹⁹

Es blieb so bei einer fast puren Selbstkontrolle der Exekutive, und gegen sie zielte schließlich der Wunsch der Paulskirchenverfassung: „Die Verwaltungspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte“;²⁰ er blieb aber unerfüllt, als 1848/49 die Revolution fehlschlug. Zwar erlaubte Preußen ordentlichen Gerichten noch 1842 im „Gesetz über den Rechtsweg in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen“²¹ und 1850 im Polizeiverwaltungs-gesetz²², einige²³ Polizeimaßnahmen zu prüfen,²⁴ doch weder die preußischen Ver-

Beilage zu der Instruktion für die Regierungen vom 23. 10. 1817 (PrGS S. 282). Dazu *Julius Hatschek*, Verwaltungsrecht, § 1 S. 2 f., 13 („landesrechtliche Anerkennung der Trennung von Justiz und Verwaltung“); *Martin Bullinger*, Öffentliches Recht und Privatrecht, 1968, S. 51 f.; *Hartmut Bauer*, Geschichtliche Grundlagen, S. 70 ff., 124.

¹⁶ Vgl. z.B. *Dietrich Holtz*, Dt. Verw. 1934, 290 (290 re.).

¹⁷ *Karl August Bettermann*, VVDStRL 15 (1957), Aussprache S. 214.

¹⁸ Vgl. *Wolfgang Rüfner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 176.

¹⁹ Wichtig waren hier z.B. die Allerhöchsten Kabinettsordres v. 4. Dezember 1831 (PrGS S. 255); v. 30. 6. 1828 über das Verfahren bei Kompetenz-Konflikten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden (PrGS S. 86); v. 20. 6. 1835 über die Kompetenz der Polizeiverwaltungsbehörden in der Rheinprovinz in Beziehung auf die Schulpflichtigkeit u.a. (PrGS S. 134); die Gesetze über die Kompetenz der Dienst- und Gerichtsbehörden zur Untersuchung der von Staatsbeamten verübten Ehrkränkungen v. 25. 4. 1835 (PrGS S. 50), über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen v. 11. 5. 1842 (PrGS S. 192), über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden v. 8. 4. 1847 (PrGS S. 170), dazu *Richard Schmidt*, PrVBl. XVIII. Jahrg. (1896–1897), 313 ff., G. betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen v. 13. 2. 1854 (PrGS S. 86), dazu *Paul Wölbling*, RuPrVBl. 52. Bd. (1931), 407.

Zur Stellungnahme der herrschenden Literatur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (insbesondere Stahl) s. *Wolfgang Rüfner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 136 f.

²⁰ Verfassung des Deutschen Reiches vom 8. 4. 1849 (Weimarer Reg.Bl., 69), Art. X § 182. § 181 bestimmte: „Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und voneinander unabhängig sein“.

²¹ V. 11. 5. 1842, § 1 II: „Der Rechtsweg ist in Beziehung auf solche (scil.: polizeiliche) Verfügungen nur zulässig, wenn die Verletzung eines zum Privat-Eigentum gehörenden Rechts behauptet wird, und nur unter den nachfolgenden näheren Bestimmungen.“ Diese Rechtswegzuweisung an die ordentlichen Gerichte wurde erst durch das Preußische Polizeigesetz vom 1. 6. 1931 (PrGS S. 77) aufgehoben (§ 79 II c), dazu z.B. *Kell*, Dt. Verw. 1937, 298 (299 re.).

²² Gesetz über die Polizeiverwaltung v. 11. 3. 1850 (GS S. 265), insbesondere § 17: „Die Polizeirichter haben über alle Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Vorschriften (§§. 5. und 11.)

fassungen von 1848²⁵ und 1850²⁶ noch die des Deutschen Reiches von 1871 befahlen eine Gerichtsbarkeit über das Staatshandeln. Immerhin: sie verboten die Prüfung der Verwaltung durch Richter auch nicht und ebneten ihr so doch noch den Weg.²⁷

Otto Bähr hatte in seinem Werk „Der Rechtsstaat“ (1864)²⁸ Gerichtsschutz des Bürgers gegen die Exekutive gefordert: Wenn die Verwaltung unberechtigt die Freiheit des Bürgers schmälere, störe sie dessen Rechte; er müsse dann einen Abwehrensanspruch haben und diesen ähnlich wie bei jeder Eigentumsstörung vor den ordentlichen Gerichten einklagen können. Aber über Bährs Idee siegte eine andere: Vor allem *Rudolf von Gneist* wollte die Selbständigkeit der Verwaltung gegenüber der (Zivil-) Justiz stärker betont sehen; den Rechtsschutz sollten deshalb Verwaltungsgerichte gewähren.²⁹ Verwaltungsgerichte zählten gewissermaßen zur Verwaltung, seien mit deren Sorgen vertraut und könnten dennoch richterlich-unabhängig gemacht werden;³⁰ diese Unabhängigkeit solle nicht nur die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sichern, sondern auch deren „gerechte Maßbestimmung“.³¹ In diesem Sinne führte Preußens Gesetzgeber – König und Landtag –

zu erkennen, und dabei nicht die Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit, sondern nur die gesetzliche Gültigkeit jener Vorschriften nach den Bestimmungen der §§. 5., 11. und 15. dieses Gesetzes in Erwägung zu ziehen.“ Dazu PrOVGE 9, 353 (Fn. S. 363–366 [365, 367]).

²³ Wenngleich weniger als zuvor nach einer Verordnung vom 26. 12. 1808, PrGS 1806/10 S. 464 ff., im wesentlichen auch abgedruckt bei *Wolfgang Rüfner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 154 ff., insbes. S. 157.

²⁴ Vgl. auch §§ 10–17 Tit. 17 Teil II ALR, wobei die pr. Gesetzgebung mehr und mehr den Rechtsweg in öffentlich-rechtlichen Materien auf Entschädigungsansprüche beschränkte, vgl. z.B. § 4 Abs. 2 des Pr. G. v. 11. 5. 1842 (GS S. 192) und *Wolfgang Rüfner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 175.

²⁵ V. 5. 12. 1848 (PrGS S. 375).

²⁶ V. 31. 1. 1850 (PrGS S. 17).

²⁷ Aus Art. 106 II der Pr. Verfassung v. 1850 (PrGS S. 17) [„Die Prüfung der Rechtsgültigkeit gehörig verkündeter Königlicher Verordnungen steht nicht den Behörden, sondern den Kammern zu.“] leitete aber das Pr. Obertribunal und ihm folgend das PrOVG (PrOVGE 9, 353, 365) her, daß die Prüfungsbefugnis des Richters sich bei Königlichen Verordnungen nicht auf die „Prüfung ihrer inneren gesetzlichen Gültigkeit“ erstrecke (vgl. auch PrOVGE 35, 102 [109 ff.]) – im Umkehrschluß kontrollierten die Gerichte *Polizeiverordnungen*.

²⁸ Vgl. S. 149 f., 54, 57, 71 f.

²⁹ *Rudolf von Gneist*, Verhandlungen des 12. deutschen Juristentages 1875, 3. Band, S. 221 (230 ff.). – Zum weiteren Grund, anders als bei den ordentlichen Gerichten bei den unteren Verwaltungsgerichten zur Intensivierung des Selbstverwaltungsgedankens Laien beteiligen zu können, s. *Bill Drews*, ZStW Bd. 78, 586 (589); *Fritz Werner*, DVBl. 1957, 221 (222 li.).

³⁰ Vgl. in diesem Sinne aber auch schon *Carl von Pfizer*, Ueber die Grenzen zwischen Verwaltungs- und Civil-Justiz und ueber die Form bei Behandlung der Verwaltungsjustiz, 1828, S. 204 ff., 212 und dazu *Wolfgang Rüfner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 136. *Rudolf v. Gneist* meinte damit eine organisatorische Selbständigkeit gegenüber der Justiz und gegenüber der Verwaltung, vgl. *Hermann Reuß*, RVBl. 58. Bd. (1937), 649 (650) unter Hinweis auf *Bill Drews*, ZStW Bd. 78, 586 (610). Der preußische Gesetzgeber nutzte diesen Gedanken 1875 für die Bezirksverwaltungsgerichte und das PrOVG, seit 1883 nur noch für das PrOVG.

³¹ *Rudolf von Gneist*, 12. DJT 1875, 3. Band, S. 221 (239 f.).

1875 Rechtsschutz durch unabhängige Verwaltungsrichter ein, wenn auch nur gegen einzelne, im Gesetz aufgezählte Behördenakte.

Im Reich blieben die Länder für die Verwaltungsgerichtsbarkeit zuständig; ein reichseinheitlicher Rechtsschutz, wie ihn im bürgerlichen Recht das Reichsgericht bot, war deshalb im Verwaltungsrecht nicht zu erwarten.³² Immerhin gab es 1918 in den meisten deutschen Ländern – wenn auch ganz unterschiedliche³³ – Verwaltungsgerichtsbarkeiten: in Preußen,³⁴ Bayern,³⁵ Sachsen,³⁶ Württemberg,³⁷ Baden,³⁸ Hessen,³⁹ Oldenburg,⁴⁰ Braunschweig,⁴¹ Anhalt,⁴² Lippe⁴³ und Lübeck⁴⁴; in diesem Kreis⁴⁵ fehlten nur die beiden Mecklenburg,⁴⁶ Hamburg,⁴⁷ Bremen,⁴⁸ Waldeck⁴⁹ und Schaumburg-Lippe⁵⁰.

³² Vgl. z.B. *Walter Jellinek*, RuPrVBl. 52. Bd. (1931), 41 f.; zur Rechtsprechung des Reichsgerichts über vermögensrechtliche Ansprüche, bei denen Normen des öffentlichen Rechts anzuwenden waren, s. *Wolfgang Riefner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 165 f. m.w.N.

³³ Vgl. den Überblick bei *Wolfgang Riefner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 3, S. 909 (911 f.).

³⁴ Im früheren Königreich Hannover war eine Kontrolle durch ordentliche Gerichte vorgesehen, vgl. *Bovensiepen*, PrVBl. XXXV. Jahrg. (1913-1914), 735 (736 li. Sp.).

³⁵ Seit 1878, G. v. 8. 8. 1878 (GVBl. S. 369).

³⁶ Königreich Sachsen seit 1900, G. v. 19. 7. 1900 (GVBl. S. 486); Sachsen-Meiningen, G. v. 15. 3. 1897 (Verordnungssammlung 23, S. 193); Sachsen-Coburg und Gotha, G. v. 14. 11. 1899 (Gemeinschaftliche Gesetzessammlung Nr. 628).

³⁷ Seit 1876, G. v. 16. 12. 1876 (Reg.Bl. S. 485).

³⁸ Seit 1863, G. v. 5. 10. 1863 (Reg.Bl. S. 399).

³⁹ G. v. 12. 6. 1874 (Reg.Bl. S. 251) und G. v. 11. 1. 1875 (Reg.Bl. S. 45).

⁴⁰ G. v. 9. 5. 1906 (Ges.Bl. f. das Land Oldenburg, Bd. XXXV S. 693).

⁴¹ Seit 1895, G. v. 5. 3. 1895 (GuVSammlung S. 79).

⁴² Seit 1888, G. v. 27. 3. 1888 (GS Nr. 777, S. 41).

⁴³ G. v. 9. 2. 1898 (Landesverordnung Bd. 22, S. 281).

⁴⁴ Seit 1917. G. v. 12. 12. 1916 (Sammlung der Lübeckischen Gesetze und Verordnungen 1916 Nr. 167 S. 197); s. dazu *Hartmann*, PrVBl. XXXVIII. Jahrg. (1916-1917), 367 f. Zuvor hatten in Lübeck die ordentlichen Gerichte auch Verwaltungsmaßnahmen geprüft, vgl. *Bovensiepen*, PrVBl. XXXV. Jahrg. (1913-1914), 735.

⁴⁵ 1912 wurde das Thüringische OVG in Jena für die thüringischen Kleinstaaten errichtet, Staatsvertrag vom Dezember 1910, abgedruckt bei *Rudolf Knauth*, Verwaltungsrechtspflege, S. 3 ff.; vgl. *Bovensiepen*, PrVBl. XXXV. Jahrg. (1913-1914), 735 (736 li. Sp.).

⁴⁶ Mecklenburg-Schwerin erhielt Verwaltungsgerichte erst durch G. v. 3. 3. 1922 (Reg.Bl. S. 211), s. dazu *Schlesinger*, PrVBl. 44. Bd. (1922-1923), 199 ff.; Mecklenburg-Strelitz durch G. v. 17. 8. 1922 (Amtl. Anzeiger, S. 473).

⁴⁷ Hamburg erhielt Verwaltungsgerichte durch G. v. 2. 11. 1921 (HGVB. 1921, S. 585); vorher übten in Hamburg Zivilgerichte auch Verwaltungsgerichtsbarkeit aus, vgl. *Walter Jellinek*, VVDStRL 2 (1925), 8 (20); vgl. § 24 Abs. 2 des Hbg. G. v. 23. 4. 1879 (HbgGS, I. Abt. S. 110), dazu *Bovensiepen*, PrVBl. XXXV. Jahrg. (1913-1914), 735; *Ingo v. Voß*, Verwaltungsgerichtsbarkeit, S. 11 ff.

⁴⁸ Bremen erhielt Verwaltungsgerichte durch G. v. 6. 1. 1924 (GBI. S. 23); zuvor hatten in Bremen ordentliche Gerichte auch Verwaltungsmaßnahmen geprüft, vgl. *Bovensiepen*, PrVBl. XXXV. Jahrg. (1913-1914), 735.

⁴⁹ Mit dem Anschluß Waldecks an Preußen wurden die preußischen Gesetze über die Verwaltungsrechtspflege in Waldeck eingeführt, s. VO v. 15. 3. 1929 (PrGS S. 11); dazu z.B. *Schütze*, RuPrVBl. 50. Bd. (1929), 217 (219 li.).

Von 1919 an verlangte die Verfassung des Deutschen Reiches⁵¹: „Im Reiche und in den Ländern müssen nach Maßgabe der Gesetze Verwaltungsgerichte zum Schutze der einzelnen gegen Anordnungen und Verfügungen der Verwaltungsbehörden bestehen“ (Art. 107)⁵². Die Länder gewährten diesen Gerichtsschutz zu meist wie bisher für Fälle, die sie durch Gesetz aufzählten⁵³ – und beschränkten ihn so weiterhin; nachkriegsbedingt entzogen sie den Richtern aus dieser von Land zu Land verschiedenen⁵⁴ Auswahl sogar wieder Materien⁵⁵ (z.B. die Wohnungsbewirtschaftung), für die dann nur eine Eigenkontrolle der Behörden blieb, ein „Verwaltungs-Standrecht“⁵⁶. Die Weimarer Republik schuf zwar mehrere Sonderverwaltungsgerichte, das Reichswirtschafts-, das Reichsversorgungsgericht und andere;⁵⁷ ein Reichsverwaltungsgericht aber entstand in ihrer Zeit nicht – trotz mehrfacher Anläufe.⁵⁸ Immerhin offenbarte der Wunsch nach einem Reichsverwaltungsgericht, vor allem die ihn erläuternde Literatur, wie verwirrend verschieden der Verwaltungsrechtsschutz in den Ländern war.⁵⁹

Die Nationalsozialisten drängten dann aber die Kontrolle durch Verwaltungsrichter binnen weniger Jahre zurück: Immer zahlreicher wurden seit 1932 die Notverordnungen, die nicht selbst den Verwaltungsrechtsweg eröffneten – was aber wegen des weithin geltenden Aufzählungsprinzips nötig gewesen wäre⁶⁰.

⁵⁰ Dazu *Walter Jellinek*, VVDStRL 2 (1925), 8 (24) und RuPrVBl. 50. Bd. (1929), 519 (520 li.).

⁵¹ RGBl. 1919 S. 1383 ff.

⁵² S. dazu unten 6. Kapitel.

⁵³ Verwaltungsgerichtliche Generalklauseln unter Verzicht auf das Enumerationsprinzip gab es nur in: Hamburg (§ 9 des G. v. 2. 11. 1921, HGVB. 1921, S. 585); Bremen (§ 8 des G. v. 6. 1. 1924, GBl. S. 23); Mecklenburg-Strelitz (§§ 6, 7); Thüringen (§ 31 d. G. v. 30. 5. 1923, GS S. 393).

Andere Länder nutzten neben beschränkten Generalklauseln das Enumerationsprinzip, z.B. Preußen Enumerationsprinzip, daneben beschränkte Generalklausel für Klagen gegen polizeiliche Verfügungen, s. u. 5. Kapitel; Württemberg (G. v. 16. 12. 1876, RegBl. S. 485: für Parteistreitigkeiten Aufzählungsprinzip, Art. 10, 11, sonst Generalklausel, Art. 13); Sachsen seit 1900 (dazu *Willibalt Apelt*, VVDStRL 2 [1925], Aussprache S. 111). Nur das Enumerationsprinzip galt in Bayern. Zur durch Art. 107 WRV geforderten Mindestzahl von Zuständigkeiten vgl. *Walter Jellinek*, VVDStRL 2 (1925), 8 (15 f.).

⁵⁴ Vgl. *Walter Jellinek*, VVDStRL 2 (1925), 8 (15 f.).

⁵⁵ Beispiel bei *Stölzel*, RuPrVBl. 51. Bd. (1930), 110.

⁵⁶ Vgl. z.B. *Bill Drews*, ZStW (78. Jahrg.) 1924, 586 (592 ff.), sowie unten 5. Kap. VI. 5. und 6. Kap. II. 1.

⁵⁷ S. den Überblick bei *Wolfgang Rübner*, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 4, S.639 (643 ff.); *Walter Jellinek*, VVDStRL 2 (1925) 8 (31 ff.); *Ernst Friesenhahn*, Staatsgewalt und Rechtskontrolle 1932 und 1982, S.517 (542); *Hübener*, PrVBl. 43. Bd. [1921–1922], 339; vgl. ferner *Hans Klinger*, RVBl. 59. Bd. (1938), 376 ff.

⁵⁸ *Walter Jellinek*, VVDStRL 2 (1925), 8 (30 ff.); *Ernst Friesenhahn*, Staatsgewalt und Rechtskontrolle 1932 und 1982, S. 517 (542 f. mit Fn. 104). Über die Versuche berichten *Gerhard Anschütz*, Art. 107 Anm. 4 (S. 499) und ausführlich *Wolfgang Kohl*, Das Reichsverwaltungsgericht (1991), S. 172–396.

⁵⁹ *Willibalt Apelt*, Länderkonferenz.

⁶⁰ Vgl. dazu *Ottmar Bühler*, RuPrVBl. Bd. 53 (1932), 6.

Sachverzeichnis

- Abbürdungsklage im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 269
- „abgestufte Kontrollstrenge“ bei wertenden Entscheidungen 122
- Abschaffung der Anfechtungsklage durch Führererlaß v. 28. 8. 1939 316, 335
- abstrakte Normenkontrolle 355
- Abwägung 65, 83, 95, 115, 432 ff.
 - Anspruch auf gerechte Abwägung eigener Belange 156
 - Planerische Abwägung 29
- Abwägungsausfall 115
- Abwägungsfehlerlehren 148, 398
- Abwägungsformeln, -klauseln 71, 77
- Abwägungsgebot 23, 33 f., 37, 66, 115, 127, 189, 398, 454
- Abwägungsvorgang 127, 408
- Abwägungsvorgang und -ergebnis 37
- Adressat belastender Verfügung als Klagebefugter 335
- „ärztliches Ermessen“ im Strafvollzug 124
- „aktive“ Verwaltung 338, 341
- allgemeine Leistungsklage 355; s.a. Leistungsklage
- allgemeiner Bewertungsmaßstab/Bewertungsgrundsatz im Prüfungsrecht 371 f., 380, 402 f.
- allgemeinkundige Tatsachen 73
- Ambivalenz des Chancengleichheitsgrundsatzes 375
- Amtsermittlungsgrundsatz s. Untersuchungsrundsatz
- Amtsermittlungspflicht 13, 30, 87
- Amtshaftung 92 ff., 294, 303
- Amtshaftungskontrolle 87, 199, 330, 338
- Amtshaftungsprozeß 53, 92 ff., 120, 126, 315
 - Ergänzungsfunktion der Amtshaftungsrechtsprechung 96 f.
 - Reservefunktion der Amtshaftungsrechtsprechung 96 f.
 - „unterschiedliche Zwecke“ von Verwaltungs- und Amtshaftungsprozeß 98 f.
- Amtspflicht 94 f.
 - Drittgerichtetheit der Amtspflicht 95
- Analogie 42, 71
- „Anerkennungsspielraum“ der Unterrichtsverwaltung 442 ff.
- Anfang-Ende-Satz des BVerwG 30
- „Anfechtung der Ablehnung“ 40
- Anfechtungsklage 57, 84, 153, 280, 289, 316, 335 f., 355, 397, 411
 - Abschaffung der Anfechtungsklage durch Führererlaß v. 28. 8. 1939 316, 335
- Anfechtungsklage der Vorsitzenden der Beschlußbehörden/der Kreisausschüsse 232 f., 253 f., 260, 263 f., 269
- Angemessenheitskontrolle der preußischen Verwaltungsgerichte
 - bei baupolizeilichen Verfügungen 231 f., 265
 - in Schulbauangelegenheiten 266 f.
 - in Wegebauangelegenheiten 255, 266
- Angemessenheitsprüfung beim Verhältnismäßigkeitsprinzip 148, 179
- Angemessenheitsprüfung im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 231 f., 265
- Anscheinsgefahr 95
- Anschluß- und Benutzungszwang 444 ff.
- Anspruch auf fehlerfreie Ermessenshandhabung 12, 156, 174, 179, 352
 - Recht auf ermessensfehlerfreie Entscheidung 40
- Anspruch auf gerechte Abwägung eigener Belange 156
- Anspruch auf Umweltinformation 54
- Anspruch des Prüflings auf „Überdenken“ der Prüfungsentscheidung 383 Fn. 131, 398 f., 423
- antizipierte Sachverständigengutachten 13
- Antrag auf gerichtliche Entscheidung 56, 59, 110, 116, 117, 118, 122, 137
- Antwortspielraum des Prüflings 372, 425
- Anwaltzulassung 56
- Anwaltsverwaltungsprozeß 110
- Arbeitsbelastung der Richter 129, 283, 317

- Arbeitskraft der Richter 160, 275
 Arbeitsteilung(sprinzip) 184, 338 f., 340 ff., 343, 356, 389 f., 436
 – „Funktionentrennung“ von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit 389, 391, 395, 436
 Arbeits- und Kostenersparnis 31
 Art. 1 III GG s. unmittelbare Bindung der Grundrechte
 Art. 3 I GG 68 f., 74, 75, 78, 373
 Art. 19 IV GG 70, 95, 112, 132, 134, 139, 143 f., 152, 156, 160, 167 ff., 350, 352 ff., 359, 364 f., 368, 383 f., 390, 393, 395, 398, 409, 443, 445 ff.
 Art. 92 GG 70, 355
 Art. 95 III GG 70
 Art. 131 WRV als Generalklausel der Zivilgerichte zur Verwaltungskontrolle 303 ff., 346
 „Aufhebung der ablehnenden Entscheidung“ 40
 Aufklärungspflicht des Gerichts 30
 Aufopferungsrecht 92
 aufschiebende Wirkung kommunalaufsichtlicher Beanstandung 254 f.
 aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen im preußischen Verwaltungsrecht 251
 Aufsicht 135, 389
 – Dienstaufsicht 153
 – Fachaufsicht 143, 153
 – Kommunalaufsicht 53, 141, 232, 254, 257, 311 f., 446, 450
 – Kommunalaufsicht durch Aufsichtsklage 232, 254
 – Rechtsaufsicht 153, 405
 – Schulaufsicht 311
 – Staatsaufsicht 298
 – Staatsaufsicht durch Verwaltungsgerichtsbarkeit 232 f.
 Aufsichtsbehörde 54, 55, 82, 269, 316, 393, 405, s.a. Fachaufsichtsbehörde, Rechtsaufsichtsbehörde
 Aufsichtsklage 232, 247, 255, 269, 451
 – Behördenklagen 246 f.
 – Kommunalaufsicht durch Aufsichtsklage 232, 254
 Aufzählungsprinzip/-methode 10, 222 ff., s.a. Enumerationsprinzip
 Ausbildungsprüfung 23
 Auseinanderfallen von Entscheidungs- und Kontrollmaßstab 159
 Ausfüllung unbestimmter Rechtsbegriffe 27
 Auslegung 15, 33, 36, 49, 80, 83, 84, 88, 115, 164, 432, 439 f., 445 f.
 – Gesetzesauslegung 26, 27 f., 42, 164 f.
 – grundrechtskonforme Auslegung 125, 170
 – richtlinienkonforme Auslegung 38
 – verfassungskonforme Auslegung 37 f., 84, 177, 447 f.
 – VwGO als Auslegungshilfe im Kartellverwaltungsprozeß 100
 Auslegung „im nationalsozialistischen Sinn“, „nach nationalsozialistischer Weltanschauung“ 308, 312 f., 322 ff., 327, 333, 337, 344
 Auslegungskriterien 27
 Auslegungsmethoden 38
 Auslegungsregel „im Zweifel für das subjektive Recht“ 176
 Ausschluß gerichtlicher Ermessenskontrolle durch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 313
 Ausschluß der Notwendigkeitskontrolle polizeilicher Verfügungen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 262
 Ausschluß der Ermessenskontrolle durch Verwaltungsrichter in Österreich 296
 Ausschluß der Popularklage 252 f., 284, 335 f.
 Ausschluß der Zweckmäßigkeitkontrolle polizeilicher Verfügungen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 235
 Ausschluß gerichtlicher Zweckmäßigkeitkontrolle als rechtspolitisches Ziel 284
 Ausschluß von „Querulantenklagen“ 284
 Außenrecht 146, 150
 – Unterscheidung von Außen- und Innenrecht 50, 146, 154, 158, 164, 180
 Außenrechtsnormen 78
 Außerachtlassungskompetenz 80
 außerrechtlich 20, 149, 159, 163, 181
 „außerrechtliche“ Entscheidung 163
 außerrechtliche Maßstäbe 21, 146, 149, 160, 163, 406
 außerrechtliches Fachwissen 190
 Baufreiheit 336 f.
 Baulandsachen 114
 Baunachbarschutz 42
 baupolizeiliche Verfügung s. Gerichtskontrolle baupolizeilicher Verfügungen im preußischen Recht
 Bedürfnis 24, 33, 234 Fn. 264, 298, 299 f., 302, 354

- „Bedürfnisfeststellungs-Spielraum“ der Gemeinde für Anschluß- und Benutzungszwang? 444 ff.
- Bedürfnisprüfung bei der Notarbestellung 113
- Begrenzungsfunktion des subjektiven Rechts 286 f., 290 ff., 334 f.
- Begrenzungsfunktion des subjektiven Rechtsschutzes 145, 154 ff., 162, 280, 353 f.
- Begrenzungsfunktion des Verwaltungsaktes 152
- Begriff der politischen Entscheidung im NS-Staat 327 ff.
- Begriff der polizeilichen Verfügung im preußischen Recht gerichtsschutzeröffnend 224
 - gerichtsschutzbegrenzende Auslegung des Begriffs der polizeilichen Verfügung im NS-Staat 330
 - rechtsschutzfördernde Auslegung des Begriffs der polizeilichen Verfügung durch das PrOVG 260
- Begriff der Rechtsverletzung 301
- Begriff der Substantiierungslast 413 f., 417 f., 422
- Begriff der Verwaltungsgerichtsbarkeit im preußischen Recht 215
 - Ermessensausübung durch preußische Verwaltungsgerichte 215
 - Mündliche Verhandlung als Merkmal preußischer Verwaltungsgerichtsbarkeit 215, 217
 - Parteiprozeß als Wesensmerkmal preußischer Verwaltungsgerichtsbarkeit 216
 - Unterscheidung Verwaltung-Verwaltungsgerichtsbarkeit anhand ihrer Verfahren 214 ff., 222, 257, 261
 - Ziele verwaltungsgerichtlicher Kontrolle 223, 237, 246 f., 269
- Begriff der Verwaltungsrechtspflege in Preußen 240
- Begriff der Zweckmäßigkeit 306
- Begriff des Ermessens 297 f., 305
- Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts 170 ff., 197 f., 224, 286, 290 ff., 305, 335 f.
- Begründbarkeitskontrolle 57 f., 110, 228, 306
- Begründungshilfe 70
- Begründungskontrolle 110, 228, 306
- Begründungspflicht 34, 35, 177
- Begründungspflicht der Behörde 58
- Begründung von Gerichtsurteilen 41, 185
- Begründungszwang für Gerichtsurteile 343, 347, 422, 425
- „Begutachtende“ Kontrollen 65
- Beharrungskraft der Verwaltungsrechtssprechung 196
- Beharrungskraft des Verwaltungsrechts 196, 200 f.
- Behördenklagen 246 f.
 - Aufsichtsklage 232, 247, 255, 269, 451
 - Kommunalaufsicht durch Aufsichtsklage 232, 254
- Behördenpraxis 42
- Beibringungsgrundsatz 418 ff., s.a. Parteibeibringung
- Beibringungspflichten im Verwaltungsprozeß 419, s.a. Mitwirkungspflichten
- Belange 145 f., 155 f.
- Benutzungszwang s. Anschluß- und Benutzungszwang
- berechtigte Belange des Staates im Prüfungsrecht 384 f., 420, 425
- Beschcheidungsklage, Bescheidungsurteil 40, 53, 270
 - Klage gegen die Ablehnung eines Antrags in Preußen 270
- Beschlußverfahren im preußischen Verwaltungsrecht 208, 214, 224, 251, 257, 309, 319
 - „gerichtsähnlicher“ Verwaltungsrechtsschutz im preußischen Beschlußverfahren 224
 - Laienbeteiligung im preußischen Beschlußverfahren 224
- „beschränktes Ermessen“ 31
- beschränkte Ermessenskontrolle polizeilicher Verfügungen durch das PrOVG 226 ff., 247, 275, 281, 296
- beschränkte verwaltungsgerichtliche Generalklausel im preußischen Kommunalabgabenrecht 273
- beschränkte verwaltungsgerichtliche Generalklausel im preußischen Polizeirecht 222, 224, 247, 251 f., 260, 262, 283
 - Begriff der polizeilichen Verfügung im preußischen Recht gerichtsschutzeröffnend 224
- beschränkte verwaltungsgerichtliche Generalklausel für Anfechtungsklagen gegen Verwaltungsakte als rechtspolitisches Ziel 284

- beschränkte verwaltungsgerichtliche
Generalklausel zum Schutz subjektiver
Rechte als rechtspolitisches Ziel 284,
334
- Beschränkung einer Ermessenskontrolle
durch Richter 296, 301
- Besonderes Gewaltverhältnis 38 f., 124,
146, 150 f., 158 f., 163, 180, 352, 429,
439, 449
- Grund- und Betriebsverhältnis 151, 180
- Bestandskraft 32, 86, 93, 153, 448
- Bestimmtheitsgebot der Verfassung 28, 416
- Beurteilung eines Beamten 24
- Beurteilungsermessens des nationalen
Gerichts für die Vorlage an den EuGH
136
- Beurteilungsspielraum, Beurteilungsspiel-
räume 13, 37, 46, 50, 72, 91, 111, 115,
146, 149, 151 f., 153, 159, 183, 200, 359,
363, 366, 373
- Beurteilungsspielraum der Strafvollzugs-
behörde 123 f.
- Beurteilungsspielraumlehre Bachofs 362 f.
- Beweislast 387, 407 ff., 422
- formelle Beweislast 407, 418 f.
 - materielle Beweislast 165, 407 ff., 417 f.,
420, 422
- Beweislastverteilung 392, 409, 410 Fn. 273,
411 Fn. 280, 426
- Beweismaß 414, 421 f.
- „Bewertung“ 33
- Bewertungsmaßstäbe der Prüfer im
Prüfungsrecht 377 ff., 384, 400, 402 f.,
406
- „Verzerrung der Bewertungsmaßstäbe“
378 f.
- Bezirksverwaltungsgerichte in Preußen
209 f.
- Bindungswirkung 76
- Bonus/Malus-Regel im Prüfungsrecht 411
Fn. 275, 416
- Bundespatentgericht 102
- Bundesprüfstelle für jugendgefährdende
Schriften 400
- jugendgefährdende Schriften 45
- Bundessozialgericht 90
- Bundestreue 38
- Bundesverfassungsgericht 79, 80, 88, 133,
188, 372, 378, 381 ff., 386, 399
- Chancengleichheit als Argument für einen
Bewertungsspielraum im Prüfungsrecht?
360, 372 ff., 378, 381 ff., 413
- Ambivalenz des Chancengleichheits-
grundsatzes 375
 - „Erschleichen einer weiteren Prüfungs-
chance“ 379 Fn. 114
 - Formalheit des Chancengleichheitsgrund-
satzes 375
 - Schutzbedürftigkeit anderer Prüflinge als
Grund für eine Kontrollbeschränkung im
Prüfungsrecht? 377 f.
 - Vergleichsgruppenbildung beim Chancen-
gleichheitsgrundsatz 375
 - Verwaltungsgerichtsschutz keine
„zusätzliche Prüfungschance“ 376, 379
Fn. 114, 381
- Chancengleichheitsgrundsatz als Schranke
eines Beurteilungsspielraums 373 f.
- Ambivalenz des Chancengleichheits-
grundsatzes 375
 - Formalheit des Chancengleichheitsgrund-
satzes 375
- Chancengleichheit im Prüfungsrecht 402
- Conseil d'Etat 131
- Darlegungslast 128, 416
- Darlegungs- und Beweislastregeln 13
- Datenschutzbeauftragte 137
- Datenschutzrecht 78
- Dauerverwaltungsakte 57, 357
- polizeiliche Verfügung mit Dauerwirkung
270
- Dauerwirkung von Maßnahmen 125
- „dehnbare“ Begriffe 298
- Dekonzentration durch Kontrolle 138
- Demokratieprinzip 71
- Denkgesetze 50, 73, 75
- Logik 73, 367
- Dezentralisation der Kontrolle 137
- Dezentralisation des Staates durch Verwal-
tungsgerichtsbarkeit 338 ff.
- Dienstaufsicht 153
- Dienstaufsichtsbeschwerden 319, 339
- DIN-Normen 73, 76, 185
- „Distanzverlust“ der Verwaltungsgerichte
154
- „Distanzverlust“ des Rechtsschutzes 183
- Doppelcharakter der Grundrechte 40
- Drittgerichtetheit der Amtspflicht 95
- Drittklage 156, 166, 176, 269, 286, 289 f.,
336, 411 Fn. 277
- Drittsschutz 118
- Dulden und Liquidieren 95
- Duldung 22

- EG-Recht 79
 - Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts 145
 - Entscheidungsspielräume der EG-Kommission 132
 - Europäischer Gerichtshof 80, 126 ff.
 - Primäres Gemeinschaftsrecht 67, 133
 - Sekundäres Gemeinschaftsrecht 80
 - Vorrang des Gemeinschaftsrechts 80
- „Eigenständigkeit der Verwaltung“ 441
- Eignung als unbestimmter Rechtsbegriff 364 f.
- Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts 145
- Eingriffsbegriff 170, 176 f.
- Eingriffsverwaltung 15, 157, 178
- Einschätzungsprärogativen 151, 159
- Einschätzungsspielraum des Gerichtsvorsitzenden 136
- Einvernehmen der Gemeinde 94, 96, 98, 135 f., 450
- Einzelfallabhängigkeit des Schutzes subjektiver Rechte durch Richter 164
- Einzelrichter 35, 88, 97
- Empfehlung 33
- EMRK 67
- Enteignungsentschädigungsrecht 92
- enteignungsgleicher Eingriff 98
- Entlastungsfunktion der Verwaltungsgewichtbarkeit für die Verwaltung 318 f., 338 ff., 342
- Entlastungswirkung der Rechtspflege 71, 72, 83
- Entschädigungsklage 98
- Entscheidung 59 f., 61
- Entscheidungspflicht der Richter 72, 73, 175
- Entscheidungsspielräume der EG-Kommission 132
- Entscheidungsstruktur 441, 451 f., 455
- Entscheidungsvorgang und -ergebnis 33 f.
- Enumerationsprinzip/-grundsatz/Aufzählungsmethode/Enumerativprinzip 17, 146, 148, 152, 154, 155, 161, 181 f., 188, 197 f., 201, 205, 222 ff., 246 f., 250, 259, 265, 268 f., 272, 277, 279, 282, 287 f., 293, 311, 327, 330, 350 f., 354
- Lücken bei der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle in Preußen 267 f.
- Erfahrung der Behörde 454 f.
- Erfahrung der Prüfer 69, 72, 73, 149, 165, 369, 380 f., 384, 388, 395, 397, 400 ff., 407, 413
- Erfahrung der Verwaltungsrichter 73, 75, 380
- Erfahrungssätze 73
- Ergänzungsfunktion der Amtshaftungsrechtsprechung 96 f.
- Ermessen 36, 42, 65, 78, 238, 439
 - „ärztliches Ermessen“ im Strafvollzug 124
 - Begriff des Ermessens 297 f., 305
 - beschränkte Ermessenskontrolle polizeilicher Verfügungen durch das ProVG 226 ff., 247, 275, 281, 296
 - Beschränkung einer Ermessenskontrolle durch Richter 296, 301
 - „freies“ Ermessen 37
 - Gegensatz zwischen subjektiven öffentlichen Recht und Ermessen? 290 ff., 297 f., 302, 305, 350 f., 354, 458
 - gerichtliches Ermessen 80
 - Kann-Vorschrift 37
 - nicht durch Richter nachprüfbares Ermessen 316
 - „Notwendigkeits- und Zweckmäßigkeitsentscheidungen“ 202, 215, 227, 236 f.
 - Planungsermessen 50, 115, 149, 151, 436, 450
 - Planerische Gestaltungsfreiheit 50, 151, 187
 - Rechtsfolgeermessen 50, 115, 151, 165, 351, 435
 - richterliches Ermessen 133, 198, 207, 220, 231 f., 298, 300
 - Tatbestandsermessen 50, 435
 - unlösbarer Zusammenhang zwischen Ermessens- und Rechtsfragen 238
 - Unterscheidung von Rechts- und Ermessensfragen 296, 298, 354
 - unüberprüfbares Ermessen 337
 - Verhältnis Ermessen – verwaltungsgewichtliche Generalklausel 350 f.
 - Verrechtlichung des Ermessens 129
 - Verwaltungsermessen und volle Gerichtskontrolle miteinander vereinbar 179
- Ermessen der Kartellbehörde 101, 447 f.
- Verrechtlichung der kartellbehördlichen Entscheidung/des kartellbehördlichen Ermessens 100 f., 179, 447 f.
- Ermessensakte der Finanzbehörden 91 f.
- Ermessensausübung durch preußische Verwaltungsgerichte 215
- Ermessensauswahl zwischen mehreren Mitteln 281
- Ermessensbegriffe 299, 306

- Unterscheidung von voll kontrollierbaren unbestimmten Rechtsbegriffen und nur beschränkt kontrollierbaren Ermessensbegriffen 299
- Vertretbarkeitslehre Tezners 306, 363
- Ermessensbindung durch EG-Richtlinien 127
- Ermessensentscheidung des Landwirtschaftsgerichts 137
- Ermessensermächtigung 302, 351
- Ermessensersetzung durch preußische Verwaltungsgerichte 240, 266
- Ermessensfehler 52, 65, 179, 249, 266, 290, 294, 296, 304 f., 352
- Ermessensfehlerfreiheit 64
- Ermessensfehlerlehren 37, 148, 225, 228
- Ermessensfrage 300, 343
- Ermessensgrenzen 226 f., 351 Fn. 12, 378
- Ermessensklauseln 77
- Ermessenskontrolle durch ordentliche Gerichte 305, 338, 345 f.
 - Art. 131 WRV als Generalklausel der Zivilgerichte zur Verwaltungskontrolle 303 ff., 346
- Ermessenskontrolle durch Verwaltungsrichter 280, 294 ff., 299, 304
 - Ausschluß der Ermessenskontrolle durch Verwaltungsrichter in Österreich 296
 - Ausschluß der Notwendigkeitskontrolle polizeilicher Verfügungen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 262
 - Ausschluß der Zweckmäßigkeitkontrolle polizeilicher Verfügungen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 235
 - Ausschluß gerichtlicher Zweckmäßigkeitkontrolle als rechtspolitisches Ziel 284
 - Ausschluß gerichtlicher Ermessenskontrolle durch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 313
 - Begründbarkeitskontrolle 57 f., 110, 228, 306
 - beschränkte Ermessenskontrolle polizeilicher Verfügungen durch das ProVG 226 ff., 247, 275, 281, 296
 - Beschränkung einer Ermessenskontrolle durch Richter 296, 301
 - gerichtliche Vollkontrolle 129
 - unbeschränkte Ermessensnachprüfung 129 f., 132
 - Verwaltungsermessen und volle Gerichtskontrolle miteinander vereinbar 179
- Ermessenslehren 66
- Ermessensmißbrauch 115, 299
- Ermessensreduzierung auf Null 37
- Ermessensschränken 187
- Ermessens- und Beurteilungsspielraum in der Rechtsprechung des EuGH 132
- Ermessensspielraum der Kartellbehörde 101
- Ermessensvorgang und –ergebnis 37
- Ermessensvorschriften 40
- „Erschleichen einer weiteren Prüfungschance“ 379 Fn. 114
 - Verwaltungsgerichtsschutz keine „zusätzliche Prüfungschance“ 376, 379 Fn. 114, 381
- Erstattungsklagen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 245, 269
- Erstentscheidungskompetenz der Behörden 58
- Erstentscheidungsbefugnis der Verwaltungsbehörde 259
- erzieherische Funktion der Verwaltungsgewalt 187
- Europäischer Gerichtshof 80, 126 ff.
 - Beurteilungsermessen des nationalen Gerichts für die Vorlage an den EuGH 136
 - Ermessens- und Beurteilungsspielraum in der Rechtsprechung des EuGH 132
 - Nichtigkeitsklage vor dem Gemeinschaftsgerichten 128
 - Rechtseinheit in der Europäischen Gemeinschaft 127
 - Rechtspflegeaufgabe des EuGH 127
 - rechtspflegende Präjudizwirkung der Vorabentscheidungsurteile des EuGH 127
 - Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH 127
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 133 ff.
 - Orientierungswirkung der Urteile des EGMR 134
- Europäisches Gericht I. Instanz 126
- Europäisierung des Verwaltungsrechts 130
- Examensprüfung 23
- Fachaufsicht 143, 153
- Fachaufsichtsbehörde 61
- Fachkompetenz der Verwaltung 129
- fachliche Qualifikation der Prüfer als Argument für gerichtliche Kontrollbegrenzung 369
- Fachwissen der Behörde 149
 - außerrechtliches Fachwissen 190
 - Sachverstand der Verwaltung 73, 82, 454

- Vorsprungswissen der Verwaltung/der Prüfer 82, 387, 400, 413, 452
- Fachwissen der Prüfer 384 f.
- Fachwissen Sachverständiger 149, 454
- „faktische“ Eingriffe 157
- faktische Freiräume der Verwaltung 44
- faktische Kontrollschwierigkeiten 408, 426
- Faktorenlehre 199
- Fehlen von Kontrollmaßstäben als Argument für richterliche Kontrollbeschränkung 361
- Fehlerlehre 34, 43, 372
 - Abwägungsfehlerlehren 148, 398
 - Ermessensfehlerlehren 37, 148, 225, 228
- feste Judikatur 27
- Feststellungsklage 12, 53, 84, 114, 280, 355
- Feststellungsklagen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 245, 269, 271
- Feststellungswirkung 86
- Finanzgerichte 91
- Finanzgerichtsbarkeit 91
- „Folgenverantwortung der Verwaltung“ 441, 452
- Formalität des Chancengleichheitsgrundsatzes 375
 - Ambivalenz des Chancengleichheitsgrundsatzes 375
- formelle Beweislast 407, 418 f.
- Förmlichkeit des Verwaltungsprozesses 87, 341, 380, 421 f., 424
- formlose Rechtsbehelfe 135
- Fortsetzungsfeststellungsklage 108, 121, 270
- französische Verwaltungsgerichtsbarkeit 142 f., 147, 165
- „freie Initiative“ der Verwaltung 345
- „freies“ Ermessen 37
- Freiheitsentziehungen 106 ff.
- Freiwillige Gerichtsbarkeit 106 ff.
- „Freundlichkeitsgrundsätze“ 38, 43
- „Führerprinzip“/„-gedanken“/„-grundsatz“ 25, 309 f., 312, 337, 339, 340, 343
- „Funktionenordnung“ 452, s.a. „Funktionentrennung“ von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit
- „Funktionentrennung“ von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit 389, 391, 395, 436
 - Arbeitsteilung(sprinzip) 184, 338 f., 340 ff., 343, 356, 389 f., 436
- Funktionsfähigkeit der Verwaltung 183, 446, 448, s.a. Handlungsfähigkeit der Verwaltung
- Funktionsfähigkeit des staatlichen Prüfungswesens 381, 415
- Funktionsfähigkeit des Staatswesens, Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen 154, 177, 180, 183, 392
- „Funktionsgrenzen“ der Rechtsprechung 387 ff.
 - Komplexität der Entscheidung 129, 385, 401, 404, 410, 452 ff.
- Gebot der Rücksichtnahme 38
- gebundene Entscheidung 298
- Gefahr 24, 28, 31, 32, 33, 95, 225, 230, 387 f., 397, 399, 455
 - Anscheinsgefahr 95
 - Scheingefahr 95
- Gefahrenabwehr 106 ff.
- gefestigte Rechtsprechung 28, 33, 70 f., 133
- Gegensatz zwischen subjektivem öffentlichen Recht und Ermessen? 290 ff., 297 f., 302, 305, 350 f., 354, 458
- Gegenvorstellung 339, 370
- Geheime Staatspolizei 11, 314 f., 331
- geheimhaltungsbedürftige Akten 24, 29, 366 f.
- Geheimheit der Prüfervoten 366 f.
- „Gemeinschaftsnormen“ im NS-Staat 326
- Generalklauseln 22, 71, 308, 322 f., 324 f.
- gerichtliches Ermessen 80
 - richterliches Ermessen 133, 198, 207, 220, 231 f., 298, 300
- gerichtliche Vollkontrolle 129
- „gerichtsähnlicher“ Verwaltungsrechtsschutz im preußischen Beschlußverfahren 224
- gerichtsbekannte Tatsachen 73
- gerichtsähnliches Streitverfahren 209 f., 216 f., 259
- Gerichtskontrolle baupolizeilicher Verfügungen im preußischen Recht 231 f., 265
 - Wertungsmacht der Baupolizei im NS-Staat 337
- gerichtsschutzbegrenzende Auslegung des Begriffs der polizeilichen Verfügung im NS-Staat 330
- Gerichtsschutzgarantie 352 ff., 391, s.a. Art. 19 IV GG
- Geschäftsordnungen von Kollegialorganen 69
- Gesetzesauslegung 26, 27 f., 42, 164 f., s.a. Auslegung
- Gesetzesflut s. Normenflut
- Gesetzeslücke 70 f.

- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 78, 235, 364
 – Unterscheidung Gesetzmäßigkeits- und Rechtmäßigkeitsprinzip im NS-Staat 308
 Gestaltungsfreiheit 95
 – Planerische Gestaltungsfreiheit 50, 151, 187
 Gestaltungsfreiheit der Prüfer 407
 Gestaltungsklagen 84
 Gewaltenbeschränkung durch Kontrolle 138
 Gewaltenteilung 11, 69, 86 f., 97, 103, 132, 140, 153, 195, 302, 340 ff., 356 f., 387, 395, 436, 457 ff.
 Gewaltenteilungsgrundsatz 57, 184, 297, 340 ff., 356 f., 388 ff.
 Gewaltenteilungsvorstellung 132, 235 f.
 Gewohnheitsrecht 71, 79, 165, 227, 403
 Gleichheitssatz 68, 81, 416
 gleichmäßige Rechtsprechung 76
 Gnadenakte 177, 353
 „Gremien-Entscheidung“ als Argument für eine Kontrollbeschränkung der Gerichte? 392 ff., 454
 – Unabhängigkeit von Gremien 393
 Grenzen der Inzidentkontrolle 86, 223
 Grenzen menschlicher Erkenntnismöglichkeit 184
 – Schranken menschlicher Erkenntnisfähigkeit als Argument für gerichtliche Kontrollbegrenzung 365, 369, 387, 396
 Grenzwertlisten 73, 76, 185
 Grundrechte 50, 57, 59, 66 f., 80, 88, 133, 134, 151, 156, 162, 164, 166, 168 ff., 174, 177, 197, 288 f., 293 f., 333 f., 350, 354, 380, 392, 410, 448
 – Doppelcharakter der Grundrechte 40
 – Programmsätze 156, 168, 172, 293, 351 Fn. 12, 435
 – unmittelbare Bindung der Grundrechte 168, 170, 174, 179, 350, 354
 Grundrechte als Wertungsmaßstab im Einzelfall 293
 Grundrechte als subjektive öffentliche Rechte 172 f., 183, 288 f.
 Grundrechtskatalog 352
 grundrechtskonforme Auslegung 125, 170
 Grundrechtspflege 111
 Grund- und Betriebsverhältnis 151, 180

 Handlungsfähigkeit der Verwaltung 78, s.a. Funktionsfähigkeit der Verwaltung
 Handlungs- und Kontrollnormen 146, 180 f.

 Hemmung der Polizei durch Verwaltungsgerichtskontrolle? 235
 Hemmung der Staatsführung durch Verwaltungsgerichte 337
 Hierarchie der Kontrollmaßstäbe 82, s.a. Rangordnung der Kontrollmaßstäbe
 Hierarchie der Rechtsquellen 75
 „Höchstpersönlichkeit“ der Prüferentscheidung/der Prüfungsentscheidung 387, 394 ff., 401, 404, 452
 höchstrichterliche Rechtsprechung 70, 83
 „Hypertrophie“ der Gerichtskontrolle 154
 „Hypertrophie“ der Rechtsmittel 204
 „Hypertrophie“ des Rechtsschutzes 183, 253, 308 Fn. 1, s.a. Übermaß an Rechtsschutz

 informales Verwaltungshandeln 34 f.
 „informatorische Besprechung“ 345
 Initiativbefugnis zur Gerichtskontrolle 24
 Initiativrecht der Verwaltung im Prüfungsrecht 427
 Innenrecht 42, 51, 78, 146, 150, 163, s.a. Unterscheidung von Außen- und Innenrecht
 Innenrechtssätze 69
 – Verwaltungsvorschriften 35, 68, 69, 78, 81, 125, 352, 378
 innerbehördliche Kontrolle 393
 Instanzenzug 6
 Instanz- und Verfahrensabhängigkeit der Kontrolle 217, 246
 institutionelles Gleichgewicht 132
 integrationsfreundliche Kontrolle 80
 Interessen 145 f., 155 f., 280, 287
 – Unterscheidung subjektives öffentliches Recht – bloßes Interesse 237, 280, 284, 287
 Interessentenklagen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 245
 Inzidentkontrolle 63, 67, 75, 79, 81, 82, 83, 85 f., 120, 125, 298
 – Grenzen der Inzidentkontrolle 86, 223
 Inzidentkontrolle der Kontrollinstrumente 83
 Inzidentkontrolle der Kontrollmaßstäbe 83
 italienische Verwaltungsgerichtsbarkeit 143

 judicial activism 133
 judicial restraint s. „richterliche Zurückhaltung“
 jugendgefährdende Schriften 45

- Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften 400
- juristische Methodenlehre 84
- „justizfreie Regierungsakte“ 353, s.a. Regierungsakte
- Justizverwaltungsakte 104 ff., 112

- Kann-Vorschrift 37
- kartellbehördliches Ermessen s. Ermessen der Kartellbehörde
- Kartellverwaltungsprozeß 99 ff.
- kassatorische Wirkung verwaltungsgerichtlicher Urteile 306
- Kausalität zwischen Fehler und Ergebnis 409
- Klagebefugnis 43, 128
 - Ausschluß der Popularklage 252 f., 284, 335 f.
 - Ausschluß von „Querulantenklagen“ 284
- Klage gegen die Ablehnung eines Antrags in Preußen 270
- Klage gegen Entscheidungen von Aufsichtsbehörden in Preußen 269
- Klage von Beamten 315
- Kollegialentscheidung 380
- Kollegialprinzip 309, 337, 343
- kodifizierte Rechtsprechung 66
- Kommunalaufsicht 53, 141, 232, 254, 257, 277, 311 f., 446, 450
 - aufchiebende Wirkung kommunalaufsichtlicher Beanstandung 254 f.
 - Staatsaufsicht 298
- Kommunalaufsicht durch Aufsichtsklage 232, 254
- Komplexität der Entscheidung 129, 385, 401, 404, 410, 452 ff.
 - „Funktionsgrenzen der Rechtsprechung“ 387 ff.
- Konditionalprogramm 152
- „Konkretisierung“ 33, 83, 432 f.
- Konkurrentenklage 85, 158, 176, 178
- Konkurrenz der Kontrolleure/der Kontrollorgane 86 f., 101, 109, 122
- Kontrollbeschränkung 129
 - fachliche Qualifikation der Prüfer als Argument für gerichtliche Kontrollbegrenzung 369
 - Fehlen von Kontrollmaßstäben als Argument für richterliche Kontrollbeschränkung 361
 - „Gremien-Entscheidung“ als Argument für eine Kontrollbeschränkung der Gerichte? 392 ff., 454
 - revisionstypische Kontrollbegrenzung 230
 - Schranken menschlicher Erkenntnisfähigkeit als Argument für gerichtliche Kontrollbegrenzung 365, 369, 387, 396
 - Schutzbedürftigkeit anderer Prüflinge als Grund für eine Kontrollbeschränkung im Prüfungsrecht? 377 f.
 - Unwiederholbarkeit der Prüfungsentscheidung als Argument für richterliche Kontrollbegrenzung 368, 387, 394 f., 396 ff., 399, 407, 410, 452
- Kontrolldichte 17, 62
 - Theoriefeindlichkeit der Kontrolldichte 138 f.
 - Zusammenhang zwischen verwaltungsgerichtlicher Generalklausel und Kontrolldichte 362
 - zuständigkeitsspezifische Kontrolldichte 223
- Kontrolle 52 ff.
 - Instanz- und Verfahrensabhängigkeit der Kontrolle 217, 246
 - Ziele verwaltungsgerichtlicher Kontrolle 223, 237, 246 f., 269
- Kontrolle als Wertungsentscheidung 52
- Kontrolle durch Gerichte von Art. 19 IV GG gefordert 186
- Kontrolle durch Widerspruchsbehörden 135
- Kontrollerlaubnis 16, 54, 411 Fn. 279, 427
- kontrolleröffnende Kraft des Verwaltungsakts 152
- Kontrollfunktion der Verwaltungsgerichtsbarkeit 141
- Kontrollgegenstände 62 f., 68
- Kontrollgrenzen im Amtshaftungsprozeß 94, 98
- Kontrollinstrumente 83 ff.
 - Inzidentkontrolle der Kontrollinstrumente 83
- Kontrollmaßstab/-maßstäbe 34, 63 ff., 83
 - Fehlen von Kontrollmaßstäben als Argument für richterliche Kontrollbeschränkung 361
 - Inzidentkontrolle der Kontrollmaßstäbe 83
 - Sparsamkeit als Kontrollmaßstab 64
 - Wirtschaftlichkeit als Kontrollmaßstab 64
 - Zivilrecht als Kontrollmaßstab 74, 99
 - Zweckmäßigkeit als Maßstab 38, 149
 - Zweckmäßigkeitsmaßstab 82, 147
- Kontrollschärfe 88
 - verfassungsgelenkte Kontrollschärfe 88

- Kontrollvielfalt 137
- Konzentrationsklauseln 41
- Konzentrationswirkung 22, 36, 39
- kooperative Absprachen 43
- kooperatives Verwaltungshandeln 14, 22, 33, 36
- Koppelung von unbestimmten Rechtsbegriffen und Ermessen 117
- Korrekturmacht 53 f.
- Kreisverwaltungsgerichte in Preußen 208 f.
- Zwitterstellung der Kreisverwaltungsgerichte 208 ff.
 - Zwitterstellung der preußischen Kreis- und Bezirksausschüsse 257
- Lähmung der Verwaltung durch Gerichtskontrolle 146, 253
- Laienbeteiligung im preußischen Beschlußverfahren 224
- Laienbeteiligung in der preußischen Verwaltung 274, 309
- Laienbeteiligung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit 55, 213 ff., 254, 310, 317, 318
- Landwirtschaftsgerichte 116 ff.
- Leistungsbegehren durch Anfechtungsklage in Preußen 270 f.
- Leistungsklage 11, 56, 58, 114, s.a. allgemeine Leistungsklage
- Leistungsklagen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 245, 269, 272
- Leistungsverwaltung 15, 124, 157
- Letztentscheidungskompetenz/Letztscheidungsrecht 91, 390, 393, 437, 442 f., 449, 451, 454
- „letzverantwortliche“ Entscheidung 200, 367, 450, 457
- Logik 73, 367
- Denkgesetze 50, 73, 75
- Lücken bei der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle in Preußen 267 f.
- „Mali-Urteil“ des Bundesverwaltungsgerichts 370
- Malus-Regel s. Bonus/Malus-Regel im Prüfungsrecht
- materielle Beweislast 165, 407 ff., 417 f., 420, 422
- „mehrpolige“ Rechtsverhältnisse 50
- menschliche Erkenntnisfähigkeit s. Schranken menschlicher Erkenntnisfähigkeit als Argument für gerichtliche Kontrollbegrenzung
- Methodenlehre 34, 65
- mildestes Mittel 281
- Ministerialbürokratie 76
- Mitwirkungslasten 174, 418, 422 ff., 425, 448
- Mitwirkungspflicht 30, 127, 414, s.a. Beibringungspflichten im Verwaltungsprozeß
- Mitwirkungspflicht des Prüflings 378
- Fn. 114
- Mündliche Verhandlung als Merkmal preußischer Verwaltungsgerichtsbarkeit 215, 217, 218, 230
- Mündliche Verhandlung zur Steigerung der Kontrollgenauigkeit 262
- Zurückdrängung mündlicher Verhandlung 318
- Nachbarklage 176, 335 f.
- Nachbarklage im preußischen Verwaltungsprozeß 230 f., 232, 260, 289 f.
- Nachbarrecht 96
- Nachbarrechtsschutz 47, 291 f., 335 f.
- nachkonstitutionelle Gesetze 79
- Nachteile 146
- nachträgliche Gerichtsbarkeit s. Nachträglichkeit der Gerichtskontrolle
- nachträgliche Rechtmäßigkeitskontrolle im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 235 ff.
- nachträgliche Recht- und Zweckmäßigkeitkontrolle im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 238 ff., 243 f.
- nachträgliche Verwaltungsgerichtsbarkeit 219, 223, 225, 227, 242, 259, 280
- Erstentscheidungsbefugnis der Verwaltungsbehörde 259
 - Erstentscheidungskompetenz der Behörden 58
- Nachträglichkeit der Gerichtskontrolle 56 ff., 87, 111, 153, 226, 256, 376 f., 392, 394, 404, 427
- Nachträglichkeit der Gerichtskontrolle als ein Merkmal der Verwaltungsgerichtsbarkeit im NS-Staat 342
- Nachträglichkeit der Kontrolle im verwaltungsinternen Vorverfahren im Prüfungsrecht 397
- „nationalsozialistische Ordnung“ 325
- neue Handlungsformen/-instrumente der Verwaltung 43 f., 68
- nicht durch Richter nachprüfbares Ermessen 316

- Nichtigkeitsklage vor dem Gemeinschaftsgerichten 128
- Nichtrekonstruierbarkeit der Prüfungssituation s. Unwiederholbarkeit der Prüfungssituation
- non liquet 408, 418, 420, 421
- normative Ermächtigung(slehre) 182, 192, 387, 390 ff., 394 f., 410 Fn. 273, 448 f.
- Normenflut 75 ff., 78
- Normenkontrollprozeß 13
- Normenhierarchie 26, 50
- Normenkontrolle 77, 152, s.a. abstrakte Normenkontrolle
- Normierungsdefizit 75, 77f.
- norminterpretierende Verwaltungsvorschriften 150
- normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften 13, 22, 27, 36, 68 f., 81, 150, 200
- Normstruktur 152, 435, 441, 449 ff., 455
- Notarverwaltungsprozeß 113
- Notarverwaltungssachen 112 f.
- Notwendigkeitsentscheidung im preußischen Polizeirecht 262 f.
- „Notwendigkeits- und Zweckmäßigkeitseinscheidungen“ 202, 215, 227, 236 f.
- NSDAP-Parteiprogramm 25
- obiter dictum 72, 365, 444
- objektiver Gehalt subjektiven Rechtsschutzes 144
- objektive Richtigkeitsprüfung 12,
- objektive Rechtskontrolle 17
- objektiver Rechtsschutz 141 ff., 145 ff., 158
- „objektiver Wille des Gesetzgebers“ 28
- objektives Rechtsschutz-Modell 141 ff., 146 ff., 161 f., 169, 177 ff., 180, 182
- objektives Rechtsschutz-System 352, s.a. objektives Rechtsschutz-Modell
- Öffentlichkeitskontrollen 54 f.
- öffentlich-rechtlicher Vertrag 43
- Opportunitätsgrundsatz 281, 305 f.
- Optimierungsgebot 15
- Organstreitverfahren 69
- Orientierungswirkung der Urteile des EGMR 134
- „pädagogische Freiheit des Lehrers“ 436
- pädagogische Werturteile 364 f., 368
- § 17 II 1 GVG 99
- § 31 BVerfGG 70, 71, 381 ff.
- § 71 GWB 99 ff., 446 ff.
- § 88 VwGO als Kontrollbegrenzung 61
- § 114 VwGO 12, 46, 61, 66, 82, 100 f., 104, 110, 113, 114 f., 123, 138, 140, 167, 177, 285, 378, 447, 448
- § 114 „a“ VwGO 46, 189, 391
- § 214 BauGB 12, 47, 61, 93, 94
- Parteibeibringung 93, s.a. Beibringungsgrundsatz
- Parteiprozeß als Wesensmerkmal preußischer Verwaltungsgerichtsbarkeit 216
- Parteistellung der Behörde im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 243
- Parteistellung der Behörde im Verwaltungsprozeß 421 f., 424
- Parteistreitigkeiten im Verwaltungsprozeß 284 f., 320
- Pflicht zur Vermehrung subjektiver öffentlicher Rechte 173 f., 183, 448 f.
- Planerische Abwägung 29
- Planerische Gestaltungsfreiheit 50, 151, 187, s.a. Planungsermessen
- Planrechtfertigung 49
- Planungsakte 177
- Planungsermessen 50, 115, 149, 151, 436, 450, s.a. Planerische Gestaltungsfreiheit
- „politische Entscheidungen“ 36, 129, 177, 199, 308, 327 ff., 337, 456
- Begriff der politischen Entscheidung im NS-Staat 327 ff.
- Faktorenlehre 199
- veraltungspolitische Entscheidungen 199
- „politische Erfolgskontrollen“ 65
- politische Polizei 314
- Geheime Staatspolizei 11, 314 f., 331
- polizeiliche Generalklausel 38, 97, 178, 281, 323
- polizeiliche Verfügung
- Begriff der polizeilichen Verfügung im preußischen Recht gerichtsschutzeröffnend 224
- gerichtsschutzbegrenzende Auslegung des Begriffs der polizeilichen Verfügung im NS-Staat 330
- rechtsschutzfördernde Auslegung des Begriffs der polizeilichen Verfügung durch das PrOVG 260
- polizeiliche Verfügung mit Dauerwirkung 270
- Popularklage 43, 130, 146, 155, 246, 266, 335 f.
- Ausschluß der Popularklage 252 f., 284, 335 f.
- Klagebefugnis 43, 128
- Prädikat „Auslese“ 45

- Prädikat „(besonders) wertvoll“ 367
- Präklusionsnormen 13, 153
- Präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt 16, 54, 411
- Kontrollerlaubnis 16, 54, 411 Fn. 279, 427
- „Praktikabilität des Verwaltungshandelns“ 441
- „Praktische Vernunft“ 189
- Preußisches Oberverwaltungsgericht 195 ff., 210
- beschränkte Ermessenskontrolle polizeilicher Verfügungen durch das PrOVG 226 ff., 247, 275, 281, 296
 - Rechtsvereinheitlichung durch das PrOVG 311 f.
- Primäres Gemeinschaftsrecht 67, 133
- Primärrechtsschutz durch Verwaltungsgerichte 98, 138
- private Werturteile 20
- privatrechtsgestaltender Verwaltungsakt 103
- Prognose 31, 49, 406 f.
- „Prognosebegriff“ 49
- Prognosecharakter der Prüfungsentscheidungen? 406 f.
- Prognoseentscheidungen 124, 200
- Programmsätze 156, 168, 172, 351 Fn. 12, 435
- Protokollierung von Prüfungen 398 f., 410, 412 f., 427
- Tonbandprotokoll 368, 399
- Prüfererfahrung s. Erfahrung der Prüfer
- Prüfkriterien 17
- Prüfmaßstäbe/Maßstäbe 12, 17, 40
- Prüfungsentscheidungen 82
- Prüfungskommission als Gericht? 360
- prüfungsspezifische Wertungen 37, 371, 373, 383, 400, 408, 414, 416, 424
- prüfungsrechtlicher Bewertungsspielraum 372 ff., 413
- Prüfungswesen 15
- Rangordnung der Kontrollmaßstäbe 75
- Rationalisierungseffekt der Verwaltungsrechtsprechung 190
- Recht auf ermessensfehlerfreie Entscheidung 40
- Anspruch auf fehlerfreie Ermessenshandhabung 12, 156, 174, 179, 352
- rechtliche Wertentscheidung 20, 162
- Rechtsanwaltssachen 109 ff.
- Rechtsanwendungsgleichheit 421
- Rechtsaufsicht 153, 405
- Rechtsbeschwerde im Kartellverwaltungsprozeß 100
- rechtsbildende Wirkung stetiger Rechtsprechung 317
- Rechtseinheit durch Rechtspflege der Verwaltungsgerichte 343
- Rechtseinheit in der Europäischen Gemeinschaft 127
- Rechtsetzung 26 f.
- Rechtsfolgeermessen 50, 115, 151, 165, 351, 435
- Rechtsfortbildung 73
- Rechtsmittel 84
- Rechtspflege 35 f., 43, 45, 85, 87, 111, 184 f., 201, 399, 425 f.
- Begriff der Verwaltungsrechtspflege in Preußen 240
 - rechtsbildende Wirkung stetiger Rechtsprechung 317
 - Rechtseinheit durch Rechtspflege der Verwaltungsgerichte 343
- Rechtspflegeaufgabe 28, 41, 64, 84, 89, 166, 175, 185, 284, 286, 343, s.a. Rechtspflegefunktion
- Rechtspflegeaufgabe der Gerichte 182, 183, 372, 398, 402, 444, 453 f.
- Vereinheitlichungsaufgabe der Rechtsprechung 89
- Rechtspflegeaufgabe des EuGH 127
- Rechtspflegecharakter 85
- Rechtspflege der Gerichte bei wertenden Entscheidungen 185
- Rechtspflege der/durch Verwaltungsgerichte 80, 157, 175, 283, 296, 333, 343 f., 380 f., 388, 398, 412, 424, 427 f., 453
- erzieherische Funktion der Verwaltungsgerichtsbarkeit 187
 - Rationalisierungseffekt der Verwaltungsrechtsprechung 190
 - Rechtseinheit durch Rechtspflege der Verwaltungsgerichte 343
 - Rechtsvereinheitlichung durch das PrOVG 311 f.
 - ständige Rechtsprechung 70 f., 75, 76, 81, 83, 175
 - Stetigkeit der Rechtsprechung 317
 - Vorbildwirkung, Signalwirkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 35
- Rechtspflege durch die Verwaltung 439
- Rechtspflege durch Gerichte 42, 72, 81, 83, 185 f., 288, 382, 386, 439
- Rechtspflege durch Gesetzgeber s. Verwaltungsrechtspflegegesetz

- Rechtspflegefunktion 16, 65, s.a. Rechtspflegeaufgabe
 Rechtspflegefunktion der Gerichte 137, 187, 193, 275
 Rechtspflege-Instrumentarium 372
 rechtspflegende Kraft des Bundesverfassungsgerichts 188
 rechtspflegende Rechtsprechung 30, 33, 36, 71, 184
 rechtspflegender Rechtsschutz 17, 184
 rechtspflegende Präjudizwirkung der Vorabentscheidungsurteile des EuGH 127
 rechtspflegende Tradition der Gerichtskontrolle 429
 Rechtspflegepflicht 45, 402
 Rechtsquellenhierarchie s. Hierarchie der Rechtsquellen
 Rechtsreflex 27, 143, 145 f., 155 f., 158
 Rechtsrichtigkeit des Behördenhandelns 17
 Rechtsschutz 17
 Rechtsschutz durch Verfahren 174
 rechtsschutzfördernde Auslegung des Begriffs der polizeilichen Verfügung durch das PrOVG 260
 Rechtsschutzgarantie 15, 82, 197, s.a. Art. 19 IV GG
 Rechtsschutzgarantie des Art. 6 I EMRK 134
 rechtsschutzverstärkende Kraft des subjektiven Rechtsschutz-Modells 165, 169
 Rechtsetzungsbefugnis der Exekutive 69
 Rechtssicherheit 17, 70, 72, 76, 82, 93, 154, 175, 312, 358, 421
 Rechtsstaatsgedanke im preußischen Polizeirecht 235
 Rechtsstaatsprinzip 368, 409, s.a. Gewaltenteilung
 Rechtsvereinheitlichung durch das PrOVG 311 f.
 Rechtsverordnungen 35, 68
 Rechtszersplitterung 17
 Reflexrechte 156
 Reflexwirkung 289
 reformatorische Wirkung verwaltungsgerichtlicher Urteile 306
 Regeln der Gesetzeskonkurrenz 39
 Regierungsakte 327, 353
 Reichsgericht 281, 294, 303 ff., 345
 Reichsverwaltungsgericht 10, 198, 280, 296, 315 f., 317 f., 320, 343
 Rekurs 299
 Reservfunktion der Amtshaftungsrechtsprechung 96 f.
 „Ressortpartikularismus“ 357
 Revision 61, 73
 Revisionsähnlichkeit der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle 136
 revisionstypische Kontrollbegrenzung 230
 richterliches Ermessen 133, 198, 207, 220, 231 f., 298, 300
 – gerichtliches Ermessen 80
 „richterliche Zurückhaltung“ 329
 Richterrecht 42, 71, 72, 75, 175, 381
 – rechtsbildende Wirkung stetiger Rechtsprechung 317
 Richtervorbehalte 56, 107, 122
 Richtigkeitskontrolle 59
 richtlinienkonforme Auslegung 38
 Risiko 33
 Rücksichtnahmegebot 43, s.a. Gebot der Rücksichtnahme
 Rückwirkungsverbot 72
 Sachaufklärung 31, 72, 415
 Sachkunde/Sachverstand der Prüfer 384 f., 400, 404, 413
 „Sachstruktur“ 452 ff., 455
 – „Funktionsgrenzen der Rechtsprechung“ 387 ff.
 – Komplexität der Entscheidung 129, 385, 401, 404, 410, 452 ff.
 Sachverhaltsermittlung 29 f., 34, 48, 49, 53, 368, 387, 397, 417, 419, 432 f., 439
 Sachverhaltssuche 31
 Sachverstand der Verwaltung 73, 82, 454, s.a. Fachwissen der Behörde, Vorsprungswissen der Verwaltung, Sachkunde der Prüfer
 Sachverständigengutachten 73
 Satzungen 68
 Scheingefahr 95
 „schlanke“ Rechtsprechung 48
 Schlußklage gegen Polizeiverfügungen im preußischen Recht 217 f., 225, 226 ff., 229, 230, 252, 262, 269, 276
 Schlußklage gegen Zwangsmittel im preußischen Recht 231
 Schluß- und Wahlklage nach dem preußischen Kleinbahngesetz 272
 Schmälern von Rechtspositionen 65 f.
 Schonung der Verwaltung 72, 138 s.a. Verwaltungsverträglichkeit
 Schonung des Gesetzgebers 179
 Schranken menschlicher Erkenntnisfähigkeit als Argument für gerichtliche Kontrollbegrenzung 365, 369, 387, 396

- Grenzen menschlicher Erkenntnismöglichkeit 184
- Schranken-Schranken-Funktion der subjektiven Rechte 163 f., 180, 184
- Schulaufsicht 311
- Schutzbedürftigkeit anderer Prüflinge als Grund für eine Kontrollbeschränkung im Prüfungsrecht? 377 f.
- Schutznormtheorie 130, 155, 157, 172 f. 182, 390
- Schutz subjektiver Rechte 17, 59
- Schwächung der Verwaltung durch Verwaltungsgerichte 338, s.a. Hemmung ... „sehr unbestimmte Rechtsbegriffe“ 90
- Sekundäres Gemeinschaftsrecht 67, 80
- Sekundärrechtsschutz 98, 138
- Selbstbeschränkung des Verwaltungsgerichts 363, s.a. *judicial restraint*
- Selbstbindung der Verwaltung 38, 132, 147
- Selbstbindung von Kollegialorganen 69
- Selbstkontrolle der Verwaltung 150
- Selbstverständnis der Behörden 399
- Solange-II-Rechtsprechung des BVerfG 80
- Sonderverwaltungsgerichte 320 f.
- Sozialgerichte 90
- Sparsamkeit als Kontrollmaßstab 64
- Spruchreife 219 f., 250, 306
- Staatsaufsicht 298
- Staatsaufsicht durch Verwaltungsgerichtsbarkeit 232 f.
- Staatskommissar 213
- ständige Rechtsprechung 70 f., 75, 76, 81, 83, 175
- Stärken des subjektiven Rechtsschutz-Modells 160 ff.
- „Standards“ 438 f.
- Stand der Technik 102, 228 Fn. 231
- Stetigkeit der Rechtsprechung 317
- Steuerungskraft der Gesetze 76 f.
- Strafgefangenen-Beschluß des BVerfG 124
- Strafgerichte als Kontrollorgane im Verwaltungsrecht 119 ff.
- Strafvollstreckungskammern 81, 122 ff.
- Streitverfahren s. *Verwaltungsstreitverfahren im preußischen Recht*
- subjektiver Rechtsschutz 141, 144 f.
 - Begrenzungsfunktion des subjektiven Rechtsschutzes 145, 154 ff., 162, 280, 353 f.
 - objektiver Gehalt subjektiven Rechtsschutzes 144
- Subjektives öffentliches Recht 42, 82, 94 f., 128, 130, 140, 145 f., 223, 288 ff., 391, Subjektive öffentliche Rechte 11, 27, 36, 39 f., 50, 51, 142, 151, 154 ff., 202, 237, 240, 242, 333 ff., 337, 344, 352 ff., 409, 444
 - Anspruch auf fehlerfreie Ermessenshandhabung 12, 156, 174, 179, 352
 - Anspruch auf gerechte Abwägung eigener Belange 156
 - Anspruch auf Umweltinformation 54
 - Anspruch des Prüflings auf „Überdenken“ der Prüfungsentscheidung 383 Fn. 131, 398 f., 423
 - Auslegungsregel „im Zweifel für das subjektive Recht“ 176
 - Begrenzungsfunktion des subjektiven Rechts 286 f., 290 ff., 334 f.
 - Begrenzungsfunktion des subjektiven Rechtsschutzes 145, 154 ff., 162, 280, 353 f.
 - Begriff der Rechtsverletzung 301
 - Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts 170 ff., 197 f., 224, 286, 290 ff., 305, 335 f.
 - Doppelcharakter der Grundrechte 40
 - Einzelfallabhängigkeit des Schutzes subjektiver Rechte durch Richter 164
 - Gegensatz zwischen subjektivem öffentlichem Recht und Ermessen? 290 ff., 297 f., 302, 305, 350 f., 354, 458
 - Grundrechte als subjektive öffentliche Rechte 172 f., 183, 288 f.
 - Pflicht zur Vermehrung subjektiver öffentlicher Rechte 173 f., 183, 448 f.
 - Recht auf ermessensfehlerfreie Entscheidung 40
 - Rechtsreflex 27, 143, 145 f., 155 f., 158
 - Reflexrechte 156
 - Reflexwirkung 289
 - Schranken-Schranken-Funktion der subjektiven Rechte 163 f., 180, 184
 - Schutznormtheorie 130, 155, 157, 172 f. 182, 390
 - Schutz subjektiver Rechte 17, 59
 - Unterscheidung subjektives öffentliches Recht – bloßes Interesse 237, 280, 284, 287
 - verfassungsrechtliche Rechtfertigungspflicht für Kontrollbeschränkung, sobald subjektive Rechte geschmälert werden 352 f.

- subjektive öffentliche Rechte als Wertungsmaßstäbe 333
- subjektives öffentliches Recht als Grenze der Gerichtskontrolle 252, 286 ff.
- subjektives Rechtsschutz-Modell 144 f., 154 ff., 160 ff., 169, 184, 186, s.a.:
 - beschränkte verwaltungsgerichtliche Generalklausel zum Schutz subjektiver Rechte als rechtspolitisches Ziel 284, 334
 - rechtsschutzverstärkende Kraft des subjektiven Rechtsschutz-Modells 165, 169
 - Stärken des subjektiven Rechtsschutz-Modells 160 ff.
 - systembildende Kraft des subjektiven Rechtsschutz-Modells 161 f.
- subjektives Rechtsschutz-System 352, 354, s.a. subjektives Rechtsschutz-Modell
- Substantiierung 400, 407, 409, 415, 417, 423, 444
- Substantiierung durch den Prüfling im Verwaltungsprozeß 380, 388, 413
- Substantiierungslast des Prüflings 400, 412, 413 ff., 421, 423 ff., 426 f.
- Substantiierungslast des Prüfungsamts 416, 426, 428
- Substantiierungslasten 26, 443 f.
 - Begriff der Substantiierungslast 413 f., 417 f., 422
- Substantiierungsverlangen des Gerichts 414, 421 f., 424
- Subsumtion 26, 32 ff., 36, 42, 49, 83, 84, 432 f., 439 f.
- summarische Prüfung 85
- Suspensiv-effekt 180, s.a. aufschiebende Wirkung
- systembildende Kraft des subjektiven Rechtsschutz-Modells 161 f.

- Tatbestandsermessen 50, 435
- Tatbestandswirkung 32, 86
- Tatsachenfeststellung der Polizei ohne Ermessensspielraum 229
- Technisches Sicherheitsrecht 77
- technische Werturteile 150
- Theoriefeindlichkeit der Kontrolldichte 138 f.
- Tonbandprotokoll 368, 399
 - Protokollierung von Prüfungen 398 f., 410, 412 f., 427
- Trend zur richterlichen Prüfung 40, 44

- Trennung von Recht – und Zweckmäßigkeit 146 ff., 154, 178 f., 222, 275 f., 307
 - unlösbarer Zusammenhang zwischen Ermessens- und Rechtsfragen 238
 - Unterscheidung von Recht- und Zweckmäßigkeit 50 f., 150, 151, 158 f., 162 f., 164, 178 f., 225, 227 f., 229, 235 ff., 242, 275, 297, 307, 352, 456
- Treu und Glauben 24, 28

- Überforderung der Gerichte 154, 290, 361
- Überforderung des Staates 160 f.
- Überlastung der Gerichtsbarkeit 155, 290
 - Arbeitsbelastung der Richter 129, 283, 317
 - Arbeitskraft der Richter 160, 275
 - Arbeitsteilung(sprinzip) 184, 338 f., 340 ff., 343, 356, 389 f., 436
 - Arbeits- und Kostenersparnis 31
- Übermaß an Rechtsschutz 356
- Übermaßverbot 65
- Überzeugung des Gerichts/des Richters 397, 408, 417, 420 ff., 448
- Unabhängigkeit der Prüfer/des Prüfungsausschusses 360, 366, 369, 374 f., 387, 403 ff.
- Unabhängigkeit der Verwaltungsgerichte 87, 210 ff., 214, 250, 257 f., 337, 355
 - Laienbeteiligung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit 55, 213 f., 254, 310, 317, 318
- Unabhängigkeit der Verwaltungsrichter 197 f., 211 ff., 258, 279, 296, 343, 360, 404, 421 f.
- Unabhängigkeit von Gremien 393
- unbeschränkte Ermessensnachprüfung 129 f., 132, 356
- unbestimmte Gesetzesbegriffe 68, 90, 298, 302, 324, 351, 391
- unbestimmter Rechtsbegriff/unbestimmte Rechtsbegriffe 22, 23, 28, 36, 42, 49 f., 70 f., 91, 115, 116, 322 f., 364 f.
 - Eignung als unbestimmter Rechtsbegriff 364 f.
 - „sehr unbestimmte Rechtsbegriffe“ 90
 - Unterscheidung von voll kontrollierbaren unbestimmten Rechtsbegriffen und nur beschränkt kontrollierbaren Ermessensbegriffen 299
- unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum 46, 183
- unbestimmte Rechtsbegriffe ohne Beurteilungsspielraum 16

- unlösbarer Zusammenhang zwischen
Ermessens- und Rechtsfragen 238
- unmittelbare Bindung der Grundrechte 168,
170, 174, 179, 354
- Unparteilichkeit der Verwaltungsgerichte
87, 175, 184, 421 f.
- Untätigkeitsklage 132, 355
- Unterlassungsklage 84, 180
- Unterscheidung Ermessensfragen –
gebundene Fragen 299
- Unterscheidung Gesetzmäßigkeits- und
Rechtmäßigkeitsprinzip im NS-Staat 308,
325 ff.
- Unterscheidung Gesetzmäßigkeit –
Zweckmäßigkeit/Notwendigkeit 236 f.
- Unterscheidung rechtliche – außerrechtliche
Maßstäbe 64 ff., 149 f., 159, 180
- Unterscheidung subjektives öffentliches
Recht – bloßes Interesse 237, 280, 284,
287
- Unterscheidung Verwaltung – Verwaltungs-
gerichtsbarkeit anhand ihrer Verfahren
214 ff., 222, 257, 261
- „gerichtsähnlicher“ Verwaltungsrechts-
schutz im preußischen Beschlußverfahren
224
- Zweckmäßigkeit einer Polizeiverfügung
als Rechtsfrage (Bühler) 291
- Unterscheidung von Außen- und Innenrecht
50, 146, 150, 154, 158, 164, 180
- Unterscheidung von Rechts- und Ermessens-
fragen 296, 298, 354
- Unterscheidung von Recht- und Zweck-
mäßigkeit 50 f., 150, 151, 158 f., 162 f.,
164, 178 f., 225, 227 f., 229, 235 ff., 242,
275, 297, 307, 352, 456
- Trennung von Recht – und Zweckmäßigkeit
146 ff., 154, 178 f., 222, 275 f., 307
- unlösbarer Zusammenhang zwischen
Ermessens- und Rechtsfragen 238
- Unterscheidung von voll kontrollierbaren
unbestimmten Rechtsbegriffen und nur
beschränkt kontrollierbaren Ermessensbe-
griffen 299
- Unterscheidung von Zulässigkeit und
Begründetheit der verwaltungsgericht-
lichen Klage 289, 331 f., 336 f., 354
- „unterschiedliche Zwecke“ von Verwal-
tungs- und Amtshaftungsprozeß 98 f.
- Untersuchungsgrundsatz 29 f., 100, 102,
114, 122, 137, 412, 414, 417 ff., 422, 427
- Untersuchungsmaxime 104
- unüberprüfbares Ermessen 337
- Unwiederholbarkeit der Prüfungssituation
als Argument für richterliche Kontroll-
begrenzung 368, 387, 394 f., 396 ff., 399,
407, 410, 452
- Unzuverlässigkeit 300
- Zuverlässigkeit 298
- Ursprüngliche Gerichtsbarkeit 59, 319, 332,
427
- Ursprüngliche Verwaltungsgerichtsbarkeit
56, 103, 111, 219, 223, 225, 241 ff., 259,
269, 280, 294, 317, 355
- „Verwaltungsentscheidungen“ durch
Verwaltungsgerichte 198, 241 ff.
- Veränderung der Sach- und Rechtslage 56 f.
- „Verantwortung“/„Verantwortlichkeit“ der
Exekutive als Grund für den Ausschluß
einer Gerichtskontrolle 332, 361, 429,
455 ff.
- „Folgenverantwortung der Verwaltung“
441, 452
- Letztentscheidungskompetenz/Letztent-
scheidungsrecht 91, 390, 393, 437, 442 f.,
449, 451, 454
- „letzverantwortliche“ Entscheidung 200,
367, 450, 457
- Vereinheitlichungsaufgabe der Recht-
sprechung 89
- Verfahrensfehler 408 f.
- Verfassungsbeschwerde 88, 133
- verfassungsgelenkte Kontrollschärfe 88
- verfassungskonforme Auslegung 37 f., 84,
177, 447 f.
- verfassungsrechtliche Rechtfertigungspflicht
für Kontrollbeschränkung, sobald sub-
jektive Rechte geschmälert werden 352 f.
- Vergleichsgruppenbildung beim Chancen-
gleichheitsgrundsatz 375
- Vergleichstatsachen 73, 75
- Verhältnis Ermessen – subjektives Recht s.
Gegensatz zwischen subjektivem
öffentlichen Recht und Ermessen?
- Verhältnis Ermessen – verwaltungsgericht-
liche Generalklausel 350 f.
- Verhältnis Kontrolle – Rechtsschutz 186
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 31, 36, 65,
131, 148, 203
- Verhältnismäßigkeitsprinzip 64, 179, 189,
228, 370, 391, 412, 426 f.
- Angemessenheitsprüfung beim Verhält-
nismäßigkeitsprinzip 148, 179
- Verhältnis Verfassungsgerichtsbarkeit –
Verwaltung 89

- Verhältnis Verwaltung-Verwaltungsgerichtsbarkeit 26 f., 94, 141, 196, 297, 302, 338 ff., 350, 355 ff., 363, 388 ff., 394, 436, 456 f., 458 f.
- Arbeitsteilung(sprinzip) 184, 338 f., 340 ff., 343, 356, 389 f., 436
 - Dezentralisation des Staats durch Verwaltungsgerichtsbarkeit 338 ff.
 - Entlastungsfunktion der Verwaltungsgerichtsbarkeit für die Verwaltung 318 f., 338 ff., 342
 - „Funktionsgrenzen“ der Rechtsprechung 387 ff.
 - „Funktionentrennung“ von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit 389, 391, 395, 436
 - Gewaltenteilungsgrundsatz 57, 184, 297, 340 ff., 356 f., 388 ff.
 - Hemmung der Polizei durch Verwaltungsgerichtskontrolle? 235
 - Hemmung der Staatsführung durch Verwaltungsgerichte 337
 - kassatorische Wirkung verwaltungsgerichtlicher Urteile 306
 - reformatorische Wirkung verwaltungsgerichtlicher Urteile 306
 - Schwächung der Verwaltung durch Verwaltungsgerichte 338
 - Unterscheidung Verwaltung – Verwaltungsgerichtsbarkeit anhand ihrer Verfahren 214 ff., 222, 257, 261
 - Verwaltungsgerichte als Teil der preußischen Verwaltung 236, 297, 302
- Verhandlungsgrundsatz 114
- Verkehrssicherungspflicht 96
- Veröffentlichungspraxis 35, 343, 425
- Verpflichtungsklage 11, 47, 56, 58, 114, 132, 153, 243, 269 f., 355, 357, 411, 427
- „Aufhebung der ablehnenden Entscheidung“ 40
 - Klage gegen die Ablehnung eines Antrages in Preußen 270
 - Leistungsbegehren durch Anfechtungsklage in Preußen 270 f.
 - Vornahmeklage 280
- Verrechtlichung der kartellbehördlichen Entscheidung/des kartellbehördlichen Ermessens 100 f., 179, 447 f.
- Verrechtlichung des Ermessens 129
- Verrechtlichung von Zweckmäßigkeitsentscheidungen 36 f., 148 f., 179
- Vertretbarkeit 152, 191 f., 306 f., 363, 394, 425
- Vertretbarkeitslehre Tezners 306, 363
- Vertretbarkeitslehre Ules 191 f., 362 ff., 394
- Vertretbarkeitsprüfung des Verwaltungsgerichts 187
- Verwahrung, öffentlich-rechtliche 92
- Verwaltungsakt
- Begrenzungsfunktion des Verwaltungsakts 152
 - kontrolleroöffnende Kraft des Verwaltungsakts 152
 - vorläufiger Verwaltungsakt 14
- „Verwaltungsentscheidungen“ durch Verwaltungsgerichte 198, 244 ff.
- ursprüngliche Verwaltungsgerichtsbarkeit 56, 103, 111, 219, 223, 225, 241 ff., 259, 269, 280, 294, 317, 355
- Verwaltungserfahrung von Zivilrichtern 275
- Verwaltungserfahrung der Verwaltungsrichter 214
- Verwaltungsermessen s.a. Ermessen
- Verwaltungsermessen und volle Gerichtskontrolle miteinander vereinbar 179
- Verwaltungsgerichte als Rechtssetzungsinstrument 43
- Verwaltungsgerichte als Teil der preußischen Verwaltung 236, 297, 302
- verwaltungsgerichtliche Generalklausel 17, 36, 77, 155, 160, 161, 181 f., 188, 197, 198, 199, 201, 205, 224, 280, 282 ff., 287 f., 302, 307, 350 ff., 360
- beschränkte verwaltungsgerichtliche Generalklausel im preußischen Polizeirecht 222, 224, 247, 251 f., 260, 262, 283
 - beschränkte verwaltungsgerichtliche Generalklausel für Anfechtungsklagen gegen Verwaltungsakte als rechtspolitisches Ziel 284
 - beschränkte verwaltungsgerichtliche Generalklausel zum Schutz subjektiver Rechte als rechtspolitisches Ziel 284, 334
 - Verhältnis Ermessen – verwaltungsgerichtliche Generalklausel 350 f.
 - Zusammenhang zwischen verwaltungsgerichtlicher Generalklausel und Kontrolldichte 362
- Verwaltungsgerichtsschutz keine „zusätzliche Prüfungschance“ 376, 379 Fn. 114, 381
- „Erschleichen einer weiteren Prüfungschance“ 379 Fn. 114
- verwaltungsinterne Kontrollen 135, 153

- verwaltungsinternes Kontrollverfahren/
Vorverfahren im Prüfungsrecht 370, 372, 412
- Nachträglichkeit der Kontrolle im verwaltungsinternen Vorverfahren im Prüfungsrecht 397
- verwaltungspolitische Entscheidungen 199
- Faktorenlehre 199
- Verwaltungspraxis 69, 132
- Verwaltungspraxis der Verwaltungsrichter 89, 345
- Verwaltungsrechtspflege
- Begriff der Verwaltungsrechtspflege in Preußen 240
- Rechtspflege 35 f., 43, 45, 85, 87, 111, 184 f., 201, 399, 425 f.
- Verwaltungsrechtspflege durch Verwaltungsgerichte 338
- Verwaltungsrechtspflegegesetze 185
- Verwaltungs-Standrecht 10, 188, 278
- Verwaltungsstreitverfahren im preußischen Recht 208, 214 ff., 251, 257
- Angemessenheitskontrolle der preußischen Verwaltungsgerichte bei baupolizeilichen Verfügungen 231 f., 265
- Angemessenheitskontrolle der preußischen Verwaltungsgerichte in Schulbauangelegenheiten 266 f.
- Angemessenheitskontrolle der preußischen Verwaltungsgerichte in Wegebauangelegenheiten 255, 266
- Angemessenheitsprüfung im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 231 f., 265
- Vorbescheid im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 220, 251, 261 f.
- Verwaltungsvereinfachung 352
- Verwaltungsverträglichkeit 16, 17, 40, 87, 364, 399, 414, 420, 424, 427
- berechnete Belange des Staates im Prüfungsrecht 384 f., 420, 425
- Funktionsfähigkeit der Verwaltung 183, 446, 448
- Funktionsfähigkeit des staatlichen Prüfungswesens 381, 415
- Funktionsfähigkeit des Staatswesens/ staatlicher Einrichtungen 154, 177, 180, 183, 392
- „Funktionsgrenzen“ der Rechtsprechung 387 ff.
- Hemmung der Polizei durch Verwaltungsgerichtskontrolle? 235
- Hemmung der Staatsführung durch Verwaltungsgerichte 337
- Schonung der Verwaltung 72, 138
- Verwaltungsvorbehalte 146, 151 f., 183, 200, 360, 429 ff.
- Verwaltungsvorschriften 35, 68, 69, 78, 81, 125, 352, 378
- Verwerfungskompetenz 80
- „Verzerrung der Bewertungsmaßstäbe“ 378 f.
- Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH 127
- Vorbescheid im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 220, 251, 261 f.
- vorbeugende Feststellungsklage 122
- Vorbildfunktion des Polizeirechts 193, 203, 248
- Vorbildfunktion Preußens im Polizeirecht 203
- Vorbildwirkung/Signalwirkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 35
- „Voreingenommenheit des Verwaltungsbeamten gegen die Verwaltungsgerichtsbarkeit“ 318
- Vorgangs- und Ergebniskontrolle 34, 37, 398
- Abwägungsvorgang und -ergebnis 37
- Entscheidungsvorgang und -ergebnis 33 f.
- Ermessensvorgang und -ergebnis 37
- vorkonstitutionelle Gesetze 79
- vorläufiger Rechtsschutz 85
- vorläufiger Verwaltungsakt 14
- Vornahmeklage 280
- Vorrang des Gemeinschaftsrechts 80
- Vorrang des Individualrechtsschutzes 162
- Vorrang des Parlaments 164 f.
- Vorrang des Primärrechtsschutzes 92
- „Vorsprungswissen“ der Verwaltung/der Prüfer 82, 387, 400, 413, 452, s.a. Fachwissen der Behörde, Sachverstand der Verwaltung
- VwGO als Auslegungshilfe im Kartellverwaltungsprozeß 100
- Wahlklage gegen polizeiliche Verfügungen im preußischen Recht 225, 229 ff., 252, 262, 269, 274 f., 276 f., 281
- Wahlklage gegen Zwangsmittel im preußischen Recht 231, 263
- Wahlklage nach dem preußischen Kleinbahngesetz 272
- Wahrheitspflicht der Parteien 418

- Warnfunktion der Amtshaftungsrecht-
sprechung 96 f.
- Warn- und Appellfunktion 25 f.,
Warnungen 14, 33, 39, 224, 268, 303
- Weimarer Republik 10, 279 ff.
- Weisungsfreiheit der Prüfer s. Unabhängig-
keit der Prüfer/des Prüfungsausschusses
- Wertehierarchie 26
- wertende Behördenentscheidung 17, 18 ff.,
225, 234, 244 f., 322, 427
- wertende Entscheidung 241, 254, 326
- pädagogische Werturteile 364 f., 368
 - Prädikat „(besonders) wertvoll“ 367
 - private Werturteile 20
 - prüfungsspezifische Wertungen 37, 371,
373, 383, 400, 408, 414, 416, 424
 - rechtliche Wertentscheidung 20, 162
 - technische Werturteile 150
- wertende Entscheidung s.a. Rechtspflege
der Gerichte bei wertenden Entschei-
dungen
- wertende Faktenselektion 29
- Wertewandel im NS-Staat 324
- Wertmaßstäbe 25, 64 f.
- allgemeiner Bewertungsmaßstab im
Prüfungsrecht 371 f., 380, 402 f.
 - Bewertungsmaßstäbe der Prüfer im
Prüfungsrecht 377 ff., 384, 400, 402 f.,
406
 - Grundrechte als Wertungsmaßstab im
Einzelfall 293
 - subjektive öffentliche Rechte als
Wertungsmaßstäbe 333
- Wertungsbefugnis des Gerichts 444
- „Wertungscharakter“ 49
- Wertungsentscheidung 22, 202, 308,
s.a. Kontrolle als Wertungsentscheidung
- Wertungsmacht der Baupolizei im NS-Staat
337
- Werturteil 367, s.a. wertende Entscheidung
- Widerspruchsverfahren 153
- Wiederaufnahmeklage 251
- Willkürkontrolle/Willkürprüfung 74, 249,
301, 378, 408
- Willkürverbot 373
- Wirtschaftlichkeit als Kontrollmaßstab 64
- Würdigung der gesamtwirtschaftlichen Lage
s. § 71 GWB
- Zeitdruck 85
- zeitlicher Entscheidungsvorrang der
Prüfungsbehörde 427
- Zeugnisnote 24
- Ziele verwaltungsgerichtlicher Kontrolle
223, 237, 246 f., 269
- beschränkte verwaltungsgerichtliche
Generalklausel zum Schutz subjektiver
Rechte als rechtspolitisches Ziel 284,
334
 - Zweck der Verwaltungsgerichtsbarkeit
279, 286
- Zivilrecht als Kontrollmaßstab 74, 99
- Zulassung privater Grundschulen 45
- Zulassungsberufung 47, 84, 89, 97
- Zulassungsgrundsatz in der Verwaltungs-
gerichtsbarkeit im NS-Staat 320 f.
- Zumutbarkeitsgrenze 30
- Zurückdrängung des Kollegialprinzips 45
- Zurückdrängung mündlicher Verhandlung
318
- Zurückdrängung verwaltungsgerichtlicher
Kontrolle 45 ff.
- Zusammenhang zwischen verwaltungsge-
richtlicher Generalklausel und Kontroll-
dichte 362
- Zuständigkeits-Generalklausel 11, 350,
s.a. verwaltungsgerichtliche General-
klausel
- zuständigkeitsspezifische Kontrolldichte
223
- Zuverlässigkeit 298
- Unzuverlässigkeit 300
- Zwang zur Entscheidung 72
- Zwangsmittelkontrolle durch Verwaltungs-
gerichte 253, 281
- Zweck der Verwaltungsgerichtsbarkeit 279,
286, s.a. Ziele verwaltungsgerichtlicher
Kontrolle
- Zweckmäßigkeit
- Begriff der Zweckmäßigkeit 306
 - Trennung von Recht – und Zweckmäßig-
keit 146 ff., 154, 178 f., 222, 275 f., 307
 - Unterscheidung von Recht- und Zweck-
mäßigkeit 50 f., 150, 151, 158 f., 162 f.,
164, 178 f., 225, 227 f., 229, 235 ff., 242,
275, 297, 307, 352, 456
- Zweckmäßigkeit als Maßstab 38, 149
- Zweckmäßigkeit einer Polizeiverfügung als
Rechtsfrage (Bühler) 291
- Zweckmäßigkeitsentscheidung 37, 159,
160, 327
- „Notwendigkeits- und Zweckmäßigkeits-
entscheidungen“ 202, 215, 227, 236 f.
- Zweckmäßigkeitsentschluß 15, 36, 163
- Zweckmäßigkeitsfragen 36, 58, 147, 159,
228, 302, 312, 332

- Zweckmäßigkeitkontrolle 82, 100, 140, 280, 356
- Ausschluß gerichtlicher Zweckmäßigkeitkontrolle als rechtspolitisches Ziel 284
- Zweckmäßigkeitkontrolle der preußischen Verwaltungsgerichte in Schulbauangelegenheiten 266 f.
- Zweckmäßigkeitkontrolle der preußischen Verwaltungsgerichte in Wegebauangelegenheiten 255, 266
- Zweckmäßigkeitkontrolle durch das Bundespatentgericht 103
- Zweckmäßigkeitsmaßstab 82, 147
- Zweckmäßigkeitprüfung 135, 456
- Zweckmäßigkeitprüfung durch preußische Verwaltungsgerichte 198, 230, 266 f., 294 f.
- Ausschluß der Zweckmäßigkeitkontrolle polizeilicher Verfügungen im preußischen Verwaltungsstreitverfahren 235
- Zweckprogramm 152
- Zweckwidrigkeit 167
- Zweispurigkeit der Kontrolle polizeilicher Verfügungen s. Schlußklage und Wahlklage
- Zwitterstellung der preußischen Kreisverwaltungsgerichte 208 ff.
- Zwitterstellung der preußischen Kreis- und Bezirksausschüsse 257

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Claasen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Holznagel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.

Jus Publicum

- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
Masing, Johannes: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
Morgenthaler, Gerd: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
Morlok, Martin: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
Oeter, Stefan: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
Pauly, Walter: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
Puhl, Thomas: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
Reinhardt, Michael: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
Rossen, Helge: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
Rozek, Jochen: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
Schmidt-De Caluwe, Reimund: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
Schulte, Martin: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
Sobota, Katharina: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
Sodan, Helge: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
Sommermann, Karl-Peter: Staatsziele und Staatszielbestimmung. 1997. *Band 25*.
Trute, Hans-Heinrich: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
Volkman, Uwe: Solidarität - Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
Vofßkuhle, Andreas: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
Ziekow, Jan: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne von
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

Mohr Siebeck